

Krüger, Timmo

Article — Accepted Manuscript (Postprint)

Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung

Leviathan

Provided in Cooperation with:

Leibniz Institute for Research on Society and Space (IRS)

Suggested Citation: Krüger, Timmo (2013) : Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung, Leviathan, ISSN 0340-0425, Nomos, Baden-Baden, Vol. 41, Iss. 3, pp. 422-456, <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2013-3-422> , <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0340-0425-2013-3-422/das-hegemonieprojekt-der-oekologischen-modernisierung-jahrgang-41-2013-heft-3?page=0>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/215421>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung

Seit den 1970er Jahren gibt es Debatten über eine „ökologische Krise“ und Auseinandersetzungen um ihre Lösung. Dabei hat sich eine Kluft zwischen dramatisierenden Problemanalysen und inkrementellen Lösungsansätzen aufgetan. Angesichts dieser Situation wurde unlängst festgestellt, dass es zwar eine große Einigkeit über die Notwendigkeit einer radikalen Transformation der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse*¹ gebe, tatsächliche politische Veränderungen aber ausblieben und stattdessen Passivität vorherrsche, da es an akzeptierten Alternativen und sozialen (Gegen-)Kräften mangle.² Diese Einschätzung erklärt zwar die Schwierigkeiten der Artikulation einer antagonistischen sozial-ökologischen Politik. Im folgenden Aufsatz möchte ich allerdings sowohl historisch als auch analytisch einen Schritt zurücktreten und empirisch prüfen, welche Vorstellungen bezüglich der Lösung der ökologischen Krise von welchen Akteur/innen wie verhandelt werden, auf was für eine zukünftige Gesellschaftsordnung sie zielen und wo die Gründe für die vermeintliche Passivität zu suchen sind. Dabei gehe ich nicht davon aus, dass über die Notwendigkeit einer radikalen Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse leicht Einigkeit zu erzielen sein wird. Stattdessen vermute ich, dass entsprechende Kämpfe um Hegemonie ausgetragen werden, in denen unterschiedliche Vorstellungen der idealen ökologischen Gesellschaftsordnung miteinander konkurrieren. In den Auseinandersetzungen um die Lösung der

¹ Der Begriff der *gesellschaftlichen* Naturverhältnisse, wie Christoph Görg ihn ausgearbeitet hat, verweist darauf, dass Natur begrifflich und stofflich gesellschaftlich konstruiert ist. Es gibt kein Substrat der Natur, „was quasi übrig bliebe, wenn alle gesellschaftlichen Vermittlungen abgezogen würden“ (Görg 2003 b, S. 122). Gleichzeitig wird mit dem Konzept der gesellschaftlichen *Naturverhältnisse* angezeigt, dass es keine Autonomie des Sozialen gibt. Gesellschaft wird dagegen als grundlegend mit Natur vermittelt begriffen (vgl. Görg 2003 a, S. 15). Damit steht der Begriff gegen Tendenzen der Ausblendung von Natur und für die Anerkennung von Natur als Existenzbedingung für Gesellschaft (vgl. ebd., S. 14, 27; Görg 2003 b, S. 119). Von gesellschaftlichen *Naturverhältnissen* zu sprechen impliziert also eine Kritik an dualistischen Vorstellungen von Natur und Gesellschaft.

² Vgl. Brand 2009, S. 104, 116.

ökologischen Krise nimmt der ökomoderne *Diskurs*³ eine dominante Stellung ein. Dabei sehe ich diesen ökomodernen Diskurs durch drei Grundannahmen gekennzeichnet. Die erste Grundannahme bildet die Vorstellung, ökologische Probleme isoliert betrachten und lösen zu können. War die Wahrnehmung drastischer ökologischer Probleme in den 1970er Jahren noch häufig mit einer prinzipiellen Gesellschaftskritik verknüpft, so bleibt diese im ökomodernen Diskurs, der sich ab den 1980er Jahren entwickelte, weitgehend aus. Die Fehler werden kaum noch „im System“ gesucht. Es dominiert somit eine technokratische Vorstellung von Politik, die keine Machtfragen stellt. Damit einher geht ein Wandel von sogenannten „revolutionären“ zu „reformerischen“ Lösungsansätzen. Es werden Lösungen gesucht, die möglichst unkompliziert innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen umgesetzt werden können. Der Inkrementalismus, die Hoffnung, mit kleinen, vorwiegend technologischen Schritten in die richtige Richtung zur Lösung der ökologischen Probleme zu kommen, stellt die zweite Grundannahme des ökomodernen Diskurses dar. Das Primat der Ökonomie bildet seine dritte Grundannahme. Als realistisch und umsetzbar gelten allein die Reaktionen auf die ökologische Krise, die mit dem Primat der Ökonomie kompatibel sind, indem sie helfen, (wenn schon nicht gegenwärtige, dann zumindest zukünftige) Kosten zu vermeiden, oder als Wachstumsmotor dienen können. Im ökomodernen Diskurs steht außer Frage, dass das Hauptkriterium zur Bewertung verschiedener Umweltschutzoptionen in ihrem kostensenkenden Beitrag zur Erreichung konkreter Umweltschutzziele besteht. Alternative denkbare Kriterien wie soziale Aspekte (die Fragen der Gerechtigkeit und der unterschiedlichen Verursachung und Betroffenheiten des Klimawandels betreffen), über die historisch institutionalisierten gesellschaftlichen Bedürfnisse hinausgehende ökologische Aspekte (die der Natur einen Eigenwert beimessen) oder demokratische Aspekte (die zum

³ Gesellschaften sind durch unabgeschlossene Auseinandersetzungen um die Fundierung der sozialen Ordnung geprägt (vgl. Laclau, Mouffe 2001 [1985]). Dabei gibt es immer nur partikulare – historisch und regional spezifische – *Diskurse*, in denen Vorstellungen vom Allgemeinwohl, von idealen Gesellschaftsordnungen, entwickelt werden. Diskurse werden durch soziale Praxis (re)produziert. Gleichzeitig ermöglichen und beschränken Diskurse bestimmte soziale Praktiken (vgl. ebd., S. 113 f.). Insofern beinhalten Diskurse immer Momente der *Öffnung* und der *Schließung* sozialer Ordnungen.

Beispiel auf den Einfluss von Anspruchsberechtigten auf die regionale Energieproduktion zielen) spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Diese Grundannahmen des ökomodernen Diskurses haben sich gegenüber alternativen Lösungsansätzen tendenziell durchgesetzt. Deshalb steht im Mittelpunkt meiner Ausführungen die Praxis des ökomodernen *Hegemonieprojekts*⁴, die einer weitreichenden Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse bislang entgegenwirkt.⁵ Das ökomoderne Projekt ist durch drei zentrale *Hegemoniestrategien*⁶ charakterisiert, die eine spezifische Reaktion auf die ökologische Krisendiagnose und die daran geknüpfte Gesellschaftskritik darstellen:

- (1) Die Kritik am Wirtschaftswachstum wurde in den ökomodernen Diskurs integriert und führte zur Idee eines „nachhaltigen Wachstums“.
- (2) Die Kritik an der absoluten Naturbeherrschung mündete in einer *reflexiven*⁷ Variante derselben. Dies bedeutet keine prinzipielle Reflexion des Mensch-Natur-Verhältnisses, sondern es stellt den Versuch dar, die nichtintendierten Nebenfolgen der Naturbeherrschung berechenbar zu machen.
- (3) Die technik- und fortschrittsskeptischen Artikulationen der Umweltbewegungen, welche auf die nichtintendierten Nebenfolgen und

⁴ *Hegemonieprojekte* versuchen Diskurse zu universalisieren: als alternativlos, als den einzig möglichen Sinn zu präsentieren. Sie ringen darum, bestimmte Deutungs- und Handlungssysteme in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchzusetzen, sie zu institutionalisieren (vgl. Wullweber 2010, S. 108 ff.). In diesem Sinne verstehe ich ökologische Modernisierung als ein Hegemonieprojekt, das von verschiedenen Akteur/innen in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen vorangetrieben wird und die Bearbeitung der „ökologischen Krise“ maßgeblich beeinflusst.

⁵ Tatsächlich ist es so, dass diese beiden hier einander gegenübergestellten Erklärungsversuche letztlich als komplementär zu verstehen sind, worauf ich weiter unten in These 5 eingehen werde. Der Mangel an akzeptierten Alternativen und sozialen (Gegen-)Kräften steht in einem engen Zusammenhang mit der aktiven Reproduktionsleistung durch ein ökomoderne Hegemonieprojekt, das eine spezifische Bearbeitung der ökologischen Krise vorantreibt. Auch Ulrich Brand, auf den hier verwiesen wird, arbeitet in verschiedenen Texten die Mechanismen der aktiven Reproduktion hegemonialer Praktiken heraus. Insofern dient die Gegenüberstellung an dieser Stelle lediglich dazu, den Fokus des Aufsatzes zu verdeutlichen.

⁶ Als *Hegemoniestrategien* werden soziale Praktiken gefasst, die ein Hegemonieprojekt vorantreiben beziehungsweise stabilisieren (vgl. Wullweber 2010, S. 141). Hegemoniestrategien beruhen in erster Linie nicht auf Zwang, sondern versuchen Zustimmung zu ihren jeweiligen Hegemonieprojekten – und damit Konsens – zu erzeugen (vgl. Candeias 2007, S. 19; Scherrer 2007, S. 72).

⁷ In Anlehnung an Alejandro Pelfini wird hier mit „Reflexion“ die Symptombehandlung nichtintendierter Nebenfolgen bezeichnet. Davon grenzt Pelfini „Reflexivität“ ab. Reflexivität fasst er als „Reflexion der Reflexion“ im Sinne einer Selbstkonfrontation der Moderne mit ihren Basisprinzipien (vgl. Pelfini 2006, S. 153; Pelfini 2005, S. 92). Reflexivität geht über die einfache Reflexion nichtintendierter Nebenfolgen der Industriemoderne hinaus, indem sie „eine Bereitschaft zur Selbstkritik und zum vorsichtigen Umgang mit den Folgen menschlichen Handelns“ (Pelfini 2006, S. 154) signalisiert.

Risiken eines vermeintlichen Fortschritts verwiesen, wurden aufgegriffen, ohne dass dies in einer grundsätzlichen Kritik am Fortschrittsglauben mündete. Stattdessen wird in einem „reflexiven Fortschritt“ durch wissenschaftlich-technische Rationalität, in der Perfektionierung der technologischen Entwicklung, ein gangbarer Weg zur Erlangung von Sicherheit gesehen.

Die Frage ist also, inwieweit über diese drei Hegemoniestrategien ein ökomoderner Konsens erzeugt wurde, der die gesellschaftlichen Reaktionen auf die ökologische Krise bestimmt.

Es geht in der folgenden Analyse der ökologischen Modernisierung um die Verfolgung eines spezifischen Erkenntnisinteresses, um die Mechanismen der Öffnung und Schließung des Terrains des Politischen.⁸ *Das Politische* wird hier als der Moment gefasst, in dem die Unbestimmtheit der Gesellschaftsordnung deutlich wird und die Entscheidungen zwischen Alternativen als das Ergebnis von Machtbeziehungen erkennbar werden.⁹ In diesem Sinne beinhaltet die Problematisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse als ökologische Krise ein stark politisierendes Moment. Allerdings sind mit dem partiellen Erfolg ökomoderner Hegemoniestrategien – aus der Perspektive eines konfliktorientierten Politikbegriffs – Prozesse der *Entpolitisierung*¹⁰ verbunden. Über die Analyse der re- und entpolitisierenden Prozesse wird im Folgenden das Konfliktfeld der ökologischen Krisenbearbeitung skizziert und nach

⁸ Diesem Erkenntnisinteresse liegt ein theoretisch begründetes Primat des Politischen zugrunde. Damit ist gemeint, dass das Soziale – soziale Beziehungen, soziale Handlungen, die gesellschaftliche Strukturierung – immer einen politischen Ursprung hat. Die gesellschaftliche Ordnung entwickelt sich durch Kämpfe um Hegemonie, in denen bestimmte Deutungs- und Handlungsmuster gegenüber anderen privilegiert werden. Diese kontingente Privilegierung wird im Zuge der Routinisierung depolitisiert. Alternativen werden marginalisiert und geraten in Vergessenheit. Da dieser Prozess der Verstetigung nie vollkommen gelingt, kann es keine eindeutige, sondern nur eine graduelle Unterscheidung des Sozialen vom Politischen geben. Durch die Bewusstmachung des kontingenten Ursprungs des Sozialen können auch Alternativen wieder an Bedeutung gewinnen und bestimmte Deutungs- und Handlungsmuster wieder in den politischen Bereich der Auseinandersetzungen um Hegemonie geholt werden. Von einem Primat des Politischen auszugehen meint demnach, Politik nicht als einen gesellschaftlichen Teilbereich neben anderen anzusehen, sondern vom politischen Ursprung des Sozialen insgesamt auszugehen (vgl. Wullweber 2010, S. 85 ff.).

⁹ Vgl. Laclau 1990, S. 33 ff.; Reckwitz 2006, S. 346.

¹⁰ Aufgrund der Verstetigung sozialer Praktiken und der Marginalisierung von Alternativen wird ein hegemonialer Diskurs tendenziell unhinterfragt reproduziert (vgl. Laclau 1990, S. 33 ff.).

Erklärungsansätzen für die beobachtete Kluft zwischen dramatisierenden Problemanalysen und inkrementellen Lösungsansätzen gesucht.

1. Die ökologische Krise als Ausgangspunkt ökologischer Modernisierung

Bis in die 1970er Jahre wurde Umweltverschmutzung nicht als ein strukturelles Problem wahrgenommen. Umweltschädliche Nebenfolgen der industriellen Prozesse wurden lediglich durch nachgeschaltete technologische Lösungen abgemildert.¹¹ Solche Lösungen verändern nicht den Produktionsprozess selbst, sondern verringern die Umweltbelastung durch additive Umweltschutzmaßnahmen wie Partikelfilter oder Entschwefelungsanlagen. Die Organisation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zeichnete sich durch ein klares Primat der industriellen Produktion aus, dem Umweltschutzmaßnahmen nachgeschaltet waren. Diese *hegemoniale Diskursorganisation*¹², die ich als „Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz“ fasse, geriet mit der ökologischen Krise ins Wanken. Als Folgen der *ökologischen Krise* wurden Phänomene wie saurer Regen, das Ozonloch, der anthropogene Klimawandel oder der Verlust der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen identifiziert, und aufgrund der Entdeckung dieser Phänomene wurde in der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit ab den 1970er Jahren auch die Organisation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse problematisiert. Angesichts der wahrgenommenen Zunahme der gesellschaftlichen Verursachung ökologischer Probleme wird das Verhältnis des Menschen zur Natur in ökologischen Debatten als krisenhaft begriffen.¹³

¹¹ Vgl. Hajer 1995, S. 25.

¹² Eine (*hegemoniale*) *Diskursorganisation* stellt eine verstetigte „und infolgedessen über einen gewissen Zeithorizont und innerhalb eines bestimmten sozio-politischen Raums stabilisierte soziale Verfasstheit und Strukturiertheit von Gesellschaft“ (Wullweber 2010, S. 113) dar. Die Stabilität einer Diskursorganisation ist aber konstitutiv prekär und muss durch die permanente (Re-)Produktion des eigenen Diskurses und der Marginalisierung der sie bedrohenden alternativen Diskurse aufrechterhalten werden (vgl. Laclau 1990, S. 31 ff.; Wullweber 2010, S. 113 f.).

¹³ Vgl. Brand 2010, S. 143; Görg 2003 a, S. 9 f.

Die Umweltbewegungen, die sich Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre zunächst in den USA und (West-)Europa herausbildeten,¹⁴ forderten einen grundsätzlich neuen Umgang mit der Ökologieproblematik und kritisierten die reine Symptombehandlung. Die entstehenden Umweltbewegungen sahen die Ursachen der ökologischen Krise im Wachstumsprimat der Industriemoderne und in den damit einhergehenden Produktions- und Konsummustern. Das Selbstverständnis der westlichen Gesellschaften, insbesondere das zugrunde liegende Entwicklungsmodell der Moderne, wurde radikal infrage gestellt.¹⁵ In den 1970er Jahren wurden ökologische Probleme nicht als isolierte Probleme betrachtet, sondern als Symptom einer generellen gesellschaftlichen Krise, einer „Krise der Modernität“.¹⁶ Mit dem Verweis auf in der Gesellschaftsstruktur liegende Ursachen kamen auch die sozialen Konsequenzen der ökologischen Krise in den Blick und zogen Forderungen nach einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel nach sich. Abgelehnt wurden dagegen technokratische Antworten auf die Ökologieproblematik.¹⁷

In dieser Phase brach das radikalere Spektrum der Umweltbewegungen mit der konventionellen *Subjektposition*¹⁸, die ihnen die politischen Mittel der Lobbyarbeit und der Vertretung einer Interessengemeinschaft zuwies. Stattdessen entwickelten sie mit Massendemonstrationen, autonomen Zeitungen und Radiosendern einen eigenen Politikstil, der in einen alternativen Lebensstil eingebettet war.¹⁹ Ihre politische Opposition konzentrierte sich auf den Widerstand gegen die Kernkraft.²⁰ Im Kampf gegen die Nutzung der Atomenergie spitzte sich die Skepsis gegenüber der Beherrschbarkeit von Natur

¹⁴ Vgl. Radkau 2011, S. 137.

¹⁵ Vgl. Görg 2003 a, S. 134 f.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 135.

¹⁷ Vgl. Hajer 1995, S. 88 f.

¹⁸ Subjektpositionen sind im Diskurs produzierte Identitätsangebote, die von Akteur/innen aktiv ausgefüllt werden, wodurch wiederum Veränderungen der Diskurse ausgelöst werden (vgl. Reckwitz 2006, S. 341, 346 f.; Wullweber 2010, S. 63).

¹⁹ Vgl. Hajer 1995, S. 90.

²⁰ Vgl. ebd., S. 91.

durch Technologien zu, Atomenergie wurde als unbeherrschbare Risikotechnologie benannt.²¹

Neben den *Artikulationen*²² der oppositionellen Umweltbewegungen entwickelte sich zunehmend Kritik auf Seiten der etablierten Politik. Dabei spielten zunächst zivilgesellschaftliche Gruppen (wie beispielsweise der Club of Rome) eine wichtige Rolle. Im Verlauf der 1980er Jahre erlangten ökologische Fragen dann gesamtgesellschaftliche Resonanz und wurden vor allem in der Wissenschaft, aber auch von den Eliten in Politik und Wirtschaft diskutiert.²³ Diese Entwicklungen verschiedener Diskursstränge in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen hatten Einfluss auf die Genese eines ökomodernen Diskurses, dessen *Formierung, Strategien*²⁴ und *Grenzen* im Folgenden analysiert werden.

2. Die Formierung des ökomodernen Diskurses

2.1 Die Formierung des ökomodernen Diskurses im Club-of-Rome-Bericht „Limits to Growth“

Eine herausragende Rolle für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit der ökologischen Krise spielte der 1972 erschienene Club-of-Rome-Bericht über die Grenzen des Wachstums.²⁵ Die Deutung der Ökologieproblematik als *globale* Krise wurde mit dem Erfolg des „Limits to Growth“-Berichts für breite gesellschaftliche Kreise plausibel. In dieser Problemdefinition werden die sozial und lokal sehr unterschiedlichen Verursachungen und Betroffenheiten von

²¹ Vgl. Jachtenfuchs et al. 1993, S. 149.

²² In den Ansätzen der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse wird jede soziale Praxis als artikulatorisch und damit als Teil von Diskursen verstanden, da in ihrem Vollzug Deutungs- und Handlungsmuster (re)produziert werden (vgl. Laclau, Mouffe 2001 [1985], S. 113).

²³ Vgl. Huber 2011 a, S. 279; Huber 1993, S. 51.

²⁴ „Strategie“ wird hier diskurstheoretisch verwendet und bezieht sich somit nicht allein auf ein intentionales Vorgehen einzelner Akteur/innen, sondern im umfassenden Sinn auf die Muster der Anordnung diskursiver Elemente im Zeitverlauf (vgl. Nonhoff 2007, S. 184 f.).

²⁵ Vgl. Jachtenfuchs et al. 1993, S. 149. Hajer sieht den Grund für den Erfolg des Berichts „Limits to Growth“ in seiner theoretischen Fundierung durch die Kybernetik, einer Wissenschaftsperspektive, die sich mit der Steuerung und Regelung biologischer, technischer und sozialer Systeme beschäftigt. Die Kybernetik war seiner Einschätzung nach bei Entscheidungsträger/innen sehr beliebt, die in ihr die Möglichkeit sahen, trotz wachsender Komplexität sozialer Verhältnisse rationale und wissenschaftlich fundierte Entscheidungen fällen zu können (vgl. Hajer 1995, S. 81).

ökologischen Problemen ausgeblendet, und stattdessen wird das Phänomen als eine globale Krise abstrahiert.²⁶ Mit all ihren problematischen Aspekten hat sich diese Interpretation der ökologischen Krise – besonders ersichtlich am Beispiel der internationalen Klimapolitik, die auf eine Begrenzung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre zielt – durchgesetzt und stellt ein zentrales Element in der Entwicklung des ökomodernen Diskurses dar. Die Antwort auf dieses globale Problem der ökologischen Krise wird vom Club of Rome in der verstärkten Anwendung von wissenschaftlicher Betriebsführung gesehen. Bleibt dies in „Limits to Growth“ noch etwas vage, so werden in weiteren Berichten des Club of Rome unter anderem folgende Lösungsvorschläge behandelt: verstärkte internationale politische Zusammenarbeit, Erstellung eines Weltressourcen-Management-Plans, Liberalisierung des Handels sowie Kooperation multinationaler Konzerne in Hinblick auf Industrialisierung und Entwicklung der Landwirtschaft im globalen Süden.²⁷ In „Limits to Growth“ wird zunächst auf abstrakter Ebene – ohne konkrete Umsetzungsvorschläge – die rationale Steuerung relevanter Regelkreise propagiert, um ein möglichst stabiles System, einen Gleichgewichtszustand herzustellen. Derart soll das exponentielle Wachstum von Bevölkerungszahl und Kapital, das nach Meinung des Club of Rome zum katastrophalen Zusammenbruch führen würde, verhindert werden.²⁸ Die Wissenschaftler/innen vertrauen dabei auf die rationale Anwendung kybernetischer Erkenntnisse durch „entscheidende Stellen“ und nicht auf politische Auseinandersetzungen. Insofern hoffen sie darauf, „daß vielleicht auch die Forschung bald bessere Daten liefern kann“,²⁹ und lehnen Denkmodelle ab, „die eine Mischung unvollständiger Information und Intuition darstellen und denen meistens politische Entscheidungen zugrunde liegen“.³⁰ Hier wird bereits

²⁶ Vgl. Brunnengräber et al. 2008, S. 57 ff.

²⁷ Vgl. Hajer 1995, S. 83.

²⁸ Vgl. Meadows et al. 1972, S. 129.

²⁹ Ebd., S. 108.

³⁰ Ebd., S. 109 (Hervorhebung T.K.).

ein technokratischer Einschlag deutlich, der eine Konstante im ökomodernen Diskurs bleiben wird.

Der Bericht war ein Katalysator für die Entstehung einer Koalition, welche die Bedrohlichkeit der Ökologieproblematik anerkennt, ohne daraus eine Modernisierungskritik abzuleiten. Stattdessen wird die Lösung in verbesserter Organisation, Wirtschaftlichkeit und wissenschaftlichem Fortschritt gesehen – sprich: in fortschreitender Rationalisierung unter kybernetischem Vorzeichen.³¹ Gemeinsamkeiten zwischen den Vorschlägen der technokratischen Expert/innen und dem radikalen Teil der Umweltbewegung ließen sich bereits erkennen, deuteten beide Gruppen die Ökologieproblematik doch als eine Frage des Überlebens und sahen zudem beide auch Lösungspotenziale in den wissenschaftlichen Strömungen der Kybernetik und der Ökologie.³² Beide Gruppen trauten den klassischen staatlichen Maßnahmen nicht zu, die strukturellen Probleme lösen zu können. Damit trugen sie dazu bei, die Legitimation der eher traditionellen Konzepte und Praktiken der konventionellen Umweltpolitik – wie zum Beispiel Umweltauflagen zur Vermeidung von Schadstoffen – zu untergraben.³³ Allerdings unterschieden sich die Gruppen in Bezug auf ihre Einstellungen zu den gegebenen Machtverhältnissen und zur Rolle von Eliten. Für die Koalition der technokratischen Expert/innen – für deren Entstehung, laut Hajer, der Bericht „Limits to Growth“ Auslöser war – lag die Forderung nach Vernetzung und Zusammenarbeit der Eliten auf der Hand. Dagegen formulierte die aus der politischen Bewegung kommende Koalition³⁴ radikale Kritik an den sozialen Verhältnissen, in denen sie die Ursachen der ökologischen Krise sah.³⁵

2.2 Die Formierung des ökomodernen Diskurses in der Wissenschaft

³¹ Vgl. Hajer 1995, S. 83 f.

³² Vgl. ebd., S. 86.

³³ Vgl. ebd., S. 86 f.

³⁴ Diese Koalition sieht Hajer eher durch die Publikationen „Small is beautiful“ (Schumacher 1973) und „Blueprint for survival“ (Goldsmith, Allen 1972) geprägt (vgl. Hajer 1995, S. 86).

³⁵ Vgl. ebd.

An der großen Bedeutung des „Limits to Growth“-Berichts wird bereits deutlich, dass die Entwicklung des ökomodernen Diskurses besonders innerhalb der Wissenschaft vorangetrieben wurde. Dabei waren die Übergänge von politischem Programm und wissenschaftlicher Theorie immer fließend. Gerade in der Anfangsphase spielte die politische Dimension auch bei den wissenschaftlichen Publikationen eine wichtige Rolle.³⁶ Bereits in den 1970er Jahren gab es – prominent vertreten durch Martin Jänicke und Joseph Huber – Beiträge, die sich der wissenschaftlichen Erarbeitung eines Konzepts der ökologischen Modernisierung widmeten.³⁷ Jänicke beansprucht für sich, den Begriff in einer Debatte des Berliner Abgeordnetenhauses vom 22. Januar 1982 eingeführt zu haben.³⁸ Hieran wird die besondere Verquickung der politischen und der wissenschaftlichen Dimension deutlich, die auch an die Doppelfunktionen einzelner Protagonist/innen gekoppelt war. Wissenschaftliche und politische Dimension des ökomodernen Konzepts verband dabei die Annahme, dass Ökonomie und Ökologie, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz nicht im Widerspruch zueinander stehen müssen.³⁹ Auch wenn der konkrete Terminus „ökologische Modernisierung“ seine Ursprünge zunächst vor allem in der deutschsprachigen Wissenschaft hat, kann man davon ausgehen, dass der Begriff bereits in den 1990er Jahren eine internationale Breitenwirkung erlangte.⁴⁰ Was die theoretische Entwicklung des Konzepts betrifft, spielten neben Huber auch niederländische sowie englische und skandinavische Autor/innen eine wichtige Rolle.⁴¹ Unabhängig von dem konkreten Wortlaut gab es selbstverständlich verschiedene Formulierungen für ähnliche Konzepte.⁴²

In relativ kurzer Zeit entwickelte sich in der Wissenschaft ein ökomoderner Diskursstrang, der mit vielen Basisannahmen der ökologischen Kritik, wie sie

³⁶ Vgl. Mol, Jänicke 2009, S. 18; Spaargaren, Mol 2009, S. 72 f.

³⁷ Vgl. Hajer 1997, S. 108; Huber 1993, S. 55.

³⁸ Vgl. Jänicke 1993, S. 18.

³⁹ Vgl. Huber 2011 a, S. 279.

⁴⁰ Vgl. Jänicke 2001, S. 2.

⁴¹ Vgl. Mol, Jänicke 2009.

⁴² Vgl. Hajer 1997, S. 108.

von den Umweltbewegungen vertreten wurde, brach. Diese Einschätzung vertrat Huber selber in einem Sammelband von 1993:

„Ein Fachkompendium wie dieses unter der Überschrift ‚Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß‘ wäre noch bis Mitte der 80er Jahre als Widerspruch in sich aufgefaßt worden. Denn unter Modernisierung verstand man im Kern Industrialisierung und Wirtschaftswachstum, und diese galten als Hauptursache der Umweltprobleme.“⁴³

Er hält fest, dass „ökologisches Wirtschaftswachstum“ als Beitrag zur Lösung der Umweltprobleme damals in keiner Weise resonanzfähig war. Dagegen konstatiert er für den Beginn der 1990er Jahre, dass „bereits große Minderheiten, wenn nicht schon die Mehrheit, eine solche Vorstellung für einlösbar hält“.⁴⁴ Dieser Stimmungswandel kann jedoch nicht allein auf wissenschaftliche Publikationen zurückgeführt werden. Es bedurfte zusätzlich einflussreicher Akteur/innen in anderen Bereichen, die sich die ökologische Modernisierung auf die Fahnen schrieben.

2.3 Die Formierung des ökomodernen Diskurses in der Politik

Besonders früh hat sich das japanische Wirtschaftsministerium mit ökomodernen Ideen beschäftigt, allerdings ohne Verwendung des Begriffs und ohne auf die erst später einsetzenden wissenschaftlichen Debatten zurückgreifen zu können. Bereits 1974 entwickelte das Ministerium ein Konzept der wissensintensiven und ressourcensparenden Wirtschaft.⁴⁵ Im gleichen Jahr lancierte es auch das „Sunshine Project“ zur Förderung der Erforschung erneuerbarer Energien.⁴⁶

⁴³ Huber 1993, S. 51.

⁴⁴ Ebd., S. 51.

⁴⁵ Vgl. MITI 1974; Mol, Jänicke 2009, S. 17.

⁴⁶ Vgl. im Internet: www.meti.go.jp/english/aboutmeti/data/ahistory2009.html (Zugriff vom 22.01.2013).

Für die Entwicklung in Deutschland beschreibt Jänicke, dass der sich entwickelnde ökomoderne Diskurs ab den 1980er Jahren die umweltpolitischen Debatten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stark beeinflusste.⁴⁷ Mit dem Bündnis 90/Die Grünen nahm sich später eine weitere Partei des Konzepts an, sodass die rot-grüne Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung 1998 explizit ein Programm der „ökologischen Modernisierung“ formulierte.⁴⁸ Katalysatorische Wirkung für die Beschäftigung mit der ökologischen Krise in der internationalen Politik hatten die Weltumweltkonferenz in Stockholm von 1972 und der im gleichen Jahr erschienene Club-of-Rome-Bericht zu den Grenzen des Wachstums.⁴⁹ Hajer geht davon aus, dass insbesondere auf der Ebene inter- und transnationaler Politik die verschiedenen Diskursstränge zu einem kohärenten politischen Konzept der ökologischen Modernisierung geformt und als Grundlage von Politikformulierung etabliert wurden. Entscheidende Akteur/innen waren dabei Institutionen wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die Kommission der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung (CSD), der von den Vereinten Nationen eingerichtete Sachverständigenrat der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) sowie gemäßigte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie die Internationale Union für die Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources, IUCN) und der World Wide Fund For Nature (WWF).⁵⁰ Steven Bernstein betont in dem Zusammenhang den starken Einfluss der OECD, der für den ökonomischen Bereich große Kompetenzen zugesprochen wurde. Diesen Einfluss nutzte sie, um den immer wichtiger werdenden ökologischen Debatten eine neue Richtung zu geben, sodass sie in die wachstumsorientierten ökonomischen Konzepte integriert werden konnten.⁵¹ Es ist davon auszugehen,

⁴⁷ Vgl. Jänicke 1993, S. 18; Jänicke 2001, S. 2.

⁴⁸ Vgl. Jänicke 2001, S. 2.

⁴⁹ Vgl. Jachtenfuchs et al. 1993, S. 149.

⁵⁰ Vgl. Hajer 1995, S. 101.

⁵¹ Vgl. Bernstein 2000, S. 495.

dass ihr Plädoyer für die Aufhebung des Gegensatzes von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum große Wirkung auf Multiplikator/innen und Entscheidungsträger/innen hatte. Die International Conference on Environment and Economics der OECD aus dem Jahre 1984 bezeichnet Bernstein als Schlüsselereignis.⁵² Als Fazit der Konferenz galt die These, dass sich ökologische und ökonomische Ziele – bei kluger Steuerung – nicht widersprechen, sondern gegenseitig positiv beeinflussen. Beide Zielformulierungen würden technologische Innovationen fördern, von denen die Erreichung der Ziele abhängen.⁵³ Der Einfluss dieser Konferenz im Besonderen und der OECD im Allgemeinen zeigt sich in der Übernahme einiger Grundannahmen und Schlussfolgerungen durch die WCED. Für diese Verbindung spricht auch die Personalie Jim MacNeill, der bis 1984 für die OECD als Environment Director arbeitete und damit für die Organisation der besagten Konferenz verantwortlich war. Anschließend hatte er als außerordentliches Mitglied großen Einfluss auf den Bericht der WCED.⁵⁴ Huber betont dagegen die Bedeutung sozialdemokratischer Politiker/innen wie Gro Harlem Brundtland und Volker Hauff, durch die seiner Meinung nach „wesentliche Elemente einer Strategie ökologischer Modernisierung Eingang in den Brundtland-Report (WCED 1987) und damit in das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gefunden haben“.⁵⁵ Dieser 1987 erschienene Bericht „Our Common Future“⁵⁶ gilt als paradigmatischer Text des ökomodernen Diskurses, in dem die konzeptionelle Grundlage der Umweltpolitik der 1990er Jahre gelegt wurde.⁵⁷ Die starke Wirkmächtigkeit des Brundtland-Berichts liegt, laut Hajer, darin begründet, dass er mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung (*Sustainable Development*) einflussreiche Institutionen wie die Weltbank und den Internationalen

⁵² Ebd.

⁵³ Vgl. Hajer 1995, S. 99.

⁵⁴ Vgl. Bernstein 2000, S. 496 f.

⁵⁵ Huber 2011 b, S. 143.

⁵⁶ Oftmals als Brundtland-Bericht bezeichnet, benannt nach der damaligen Vorsitzenden der Kommission, Gro Harlem Brundtland; siehe WCED 1987.

⁵⁷ Vgl. Bäckstrand, Lövbrand 2006, S. 52 f.; Brand 2010, S. 143; Hajer 1995, S. 8 f., 26; Hajer 1997, S. 108.

Währungsfonds (IWF) dazu brachte, ihre ablehnende Haltung gegenüber ökologischen Debatten aufzugeben.⁵⁸ Auch innerhalb der WTO ermöglichte die programmatische Verschiebung von den „Grenzen des Wachstums“ zur „nachhaltigen Entwicklung“ die Thematisierung ökologischer Aspekte,⁵⁹ allerdings ohne dass grundsätzliche Konsequenzen daraus gezogen oder die konkreten sozial-ökologischen Folgen der Freihandelspolitik analysiert wurden.⁶⁰ Darüber hinaus beeinflusste der Brundtland-Bericht die Strategien wichtiger Umweltorganisationen des globalen Nordens, die sich positiv auf ihn beriefen, um Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger/innen zu nehmen.⁶¹ Von den radikaleren Teilen der Umweltbewegung wurde das Konzept der nachhaltigen Entwicklung allerdings kritisiert, sahen sie doch darin vor allem eine Strategie der Aufrechterhaltung des Wachstumsgedankens („to sustain development“), welche die tatsächlichen Ursachen der ökologischen Krise nicht benennt.⁶²

Ein weiteres wichtiges Ereignis in der Herausbildung und Verbreitung des ökomodernen Diskurses war die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro, auf welcher der Begriff der nachhaltigen Entwicklung in seiner technokratischen Form geprägt wurde.⁶³ Damit wurden soziale Aspekte – die im Brundtland-Bericht noch stärker thematisiert wurden – aus der Debatte um nachhaltige Entwicklung ausgeklammert.⁶⁴ Weiterhin wurden systemische Eigenschaften unseres Wirtschaftssystems – wie der andernorts kritisierte Wachstumszwang – nicht als strukturelle Ursache für die ökologische Krise benannt.⁶⁵

Wie in den internationalen Institutionen setzte sich der ökomoderne Diskurs auch auf nationalstaatlicher Ebene durch, in der Regel ohne dass Nationalstaaten durch zwischenstaatliche Abkommen oder Verträge dazu verpflichtet gewesen

⁵⁸ Vgl. Hajer 1995, S. 12.

⁵⁹ Vgl. Eglin 1995, S. 770.

⁶⁰ Vgl. Santarius et al. 2003, S. 58.

⁶¹ Vgl. Mol et al. 2009, S. 5.

⁶² Vgl. Hajer 1995, S. 12.

⁶³ Vgl. Weinzierl 1993, S. 1 ff.

⁶⁴ Vgl. Dingler 2003, S. 234.

⁶⁵ Vgl. Kaufmann, Müller 2009, S. 157 f.

wären. Dabei führten nicht nur das Streben nach Wettbewerbsvorteilen, sondern vor allem Effekte der Nachahmung, der Durchsetzung von neuen Normen und die Orientierung an internationalen Organisationen dazu, dass es in den Industrienationen ab den 1990er Jahren eine Diskursverschiebung hin zu ökomodernen Deutungsrahmen und Praktiken gab.⁶⁶ Huber hebt in dem Zusammenhang noch einmal die Bedeutung des Glaubens an Lösungen durch technologische Entwicklungen hervor:

„Im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Ziele ökologischer Nachhaltigkeit, speziell auch in der Klimapolitik, ist ökologische Modernisierung durch technologisch-industrielle Innovation zum regierungsoffiziellen Credo in den fortgeschrittenen Industriestaaten geworden.“⁶⁷

Insgesamt gab es ab Mitte der 1980er Jahre einen Trend, in dem die grundlegenden ökomodernen Ideen und damit spezifische Problemdefinitionen und Lösungsstrategien sowohl in verschiedenen Industrienationen als auch in internationalen Organisationen wie der UN, der OECD und der Europäischen Union an Einfluss gewannen.⁶⁸ Allerdings standen die Länder des globalen Südens dem plötzlichen Interesse der Industrienationen an ökologischen Themen skeptisch gegenüber, vermuteten sie doch darin den Versuch, von den Fragen nach Entwicklung und Umverteilung abzulenken.⁶⁹

2.4 Die Formierung des ökomodernen Diskurses in der Wirtschaft

Die überwiegende Zahl der Unternehmen und Wirtschaftsverbände beschäftigt sich nicht mit der ökologischen Krise und steht Umweltschutzmaßnahmen passiv bis abwehrend gegenüber.⁷⁰ Die wenigen Unternehmen und Verbände allerdings, die sich an den Auseinandersetzungen um die ökologische Krise

⁶⁶ Vgl. Busch et al. 2005.

⁶⁷ Huber 2011 a, S. 288.

⁶⁸ Vgl. Hajer 1995, S. 26.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 79.

⁷⁰ Vgl. Pulver 2011, S. 583, 585.

aktiv beteiligen, sind damit bislang relativ erfolgreich. So gehen bestimmte Entwicklungen des ökomodernen Diskurses – wie die Zurückdrängung dirigistischer und die Bevorzugung marktorientierter Instrumente – unter anderem auf die Lobbyarbeit einzelner Unternehmen oder Verbände, insbesondere aus dem Finanz- und Energiesektor, zurück.⁷¹ Spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde es für die Lobby der Energiekonzerne und der energieintensiven Branchen immer schwieriger, die ökologische Krise glaubhaft zu leugnen. Dennoch investier(t)en weiterhin einzelne Konzerne aus diesem Bereich viel Geld in die Verbreitung klimaskeptischer Positionen.⁷² Andere Konzerne wiederum verlegten sich auf subtilere Formen der Verhinderung oder zumindest Verzögerung von politischen Vorgaben. Beispielsweise im Rahmen der Global Climate Coalition (GCC) wiesen Unternehmen vermehrt auf die generelle Ungewissheit wissenschaftlicher Prognosen hin, zogen bestimmte unliebsame wissenschaftliche Erkenntnisse – unter anderem durch eigens in Auftrag gegebene Studien – in Zweifel und betonten die negativen Folgen politischer Regulierung für die Wirtschaft.⁷³ Gleichzeitig wuchs die Zahl derjenigen Unternehmen, die ihre Fundamentalopposition aufgaben. Sie versprachen sich von der Ablehnung jeglicher Veränderung ihres Geschäftsmodells nur noch wenig Erfolgsaussichten. Stattdessen gingen einzelne Unternehmen und Verbände mehr und mehr dazu über, die umweltpolitische Regulierung in Richtung marktkonformer Lösungen zu beeinflussen.⁷⁴ Die Ausarbeitung und Festschreibung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (Emissionshandel, Gemeinsame Umsetzung und Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung) hing mit dem Wandel der Lobby-Strategie – von der reinen Abwehrhaltung hin zur Befürwortung einer bestimmten politischen Bearbeitung – eines Teils der großen Konzerne zusammen.⁷⁵

⁷¹ Vgl. Ihlen 2009, S. 246; Kolk, Levy 2001, S. 501; Meckling 2011; Rest 2011, S. 114.

⁷² Vgl. Brunnengräber 2013; www.greenpeace.org/kochindustries (Zugriff vom 16.06.2013).

⁷³ Vgl. Fauset 2008, S. 15.

⁷⁴ Vgl. Ihlen 2009, S. 246.

⁷⁵ Vgl. Meckling 2011.

So initiierte beispielsweise die Erdölfirma BP vor den Klimaverhandlungen in Kyoto die Bildung einer Koalition aus Wirtschaftsverbänden und Umwelt-NGOs, um die Festschreibung von marktorientierten Instrumenten durchzusetzen.⁷⁶ Im gleichen Zeitraum begann BP verstärkt in Solarenergie zu investieren und übernahm 1999 die Fotovoltaikfirma Solarex. Im Juli 2000 präsentierte BP – was ursprünglich für „British Petroleum“ stand – ein neues, grünes Markensymbol mit dem Slogan „BP – Beyond Petroleum“.⁷⁷ Tatsächlich aber liegen die Investitionen von BP in erneuerbare Energien noch im einstelligen Prozentbereich der Gesamtinvestitionen, die fossilen Brennstoffe machen also weiterhin über 90 Prozent des Geschäfts aus.

In Bezug auf die BP-Kampagne „Helios Power“ aus dem Jahre 2007 zeigen Karl Smerecnik und Valerie Renegar, wie die in der Kampagne verwendete Rhetorik bestimmte Umweltschutz-Aktivitäten in den Mittelpunkt rückt und andere Aktivitäten gar nicht benennt und damit der Aufmerksamkeit entzieht.⁷⁸ Dabei arbeitet BP vor allem mit dem Inkrementalismus – der Vorstellung, mit kleinen Schritten in die richtige Richtung zu einer Lösung komplexer sozialer Probleme zu kommen. Inkrementalismus bedeutet im Gegensatz zu Umbrüchen, so lange wie möglich die bestehenden Strukturen auszubauen und zu optimieren. Über die inkrementelle Strategie – die schon in dem zentralen Slogan der Kampagne „A little better gas station“ deutlich wird – kann BP versichern, zur Lösung ökologischer Probleme beizutragen, ohne weitreichende Schritte in diese Richtung unternehmen zu müssen. Vor allem wird über den Inkrementalismus die aktuelle Nutzung fossiler Brennstoffe legitimiert, solange es in naher Zukunft „a little better“ passiert, sprich mit saubereren Technologien.⁷⁹ Als positive Norm zum Umgang mit ökologischen Problemen werden in der Kampagne der Markt beziehungsweise die Marktmechanismen, die Produktion von Gütern durch „grüne Unternehmen“ und die Konsumtion der Güter durch

⁷⁶ Vgl. Kolk, Levy 2001, S. 501.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 505.

⁷⁸ Vgl. Smerecnik, Renegar 2010, S. 153.

⁷⁹ Vgl. ebd., S. 162.

„kritische Konsument/innen“ propagiert. Ausgeblendet werden dagegen Lösungsvorschläge oder Aktivitäten allgemein, die im Widerspruch zum Streben nach Wirtschaftswachstum stehen könnten.⁸⁰ Mittlerweile verzichtet BP allerdings wieder darauf, sich als möglichst grün zu verkaufen. Die Propagierung der ökologischen Modernisierung des Unternehmens ging auf die Initiative des damaligen Vorstandsvorsitzenden John Browne zurück. Seit seinem Rücktritt im Jahre 2007 sind die ökomodernen Ambitionen wieder in den Hintergrund getreten. Die Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien wurden zurückgefahren, gleichzeitig investiert BP in den besonders schädlichen Abbau von Ölsand in Kanada.⁸¹

Wie das Beispiel BP zeigt, thematisieren einzelne multinationale Konzerne zumindest phasenweise ökologische Probleme – insbesondere den Klimawandel – und propagieren damit eine unternehmerische Verantwortung. Øyvind Ihlen sieht in dieser Betonung der gesellschaftlichen Verantwortung als Unternehmen (*corporate social responsibility*, CSR) eine Strategie zur Vermeidung eines Legitimations-Defizits.⁸² Allerdings gibt es bislang keine Anzeichen dafür, dass CSR zur Voraussetzung ökonomischen Erfolgs wird. „Es gibt viele Belege dafür, dass der Markt Unternehmen nicht in jedem Fall bestraft, die keine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.“⁸³ Unabhängig davon ist jedoch nicht zu übersehen, dass mit einer Strategie der gesellschaftlichen Verantwortung (CSR) nicht immer eine tatsächliche Vermeidung von Umweltschäden einhergeht. Ihlen betont, dass der Formulierung einer sozial-ökologischen Verantwortung durch Unternehmen meist kaum wirksame Maßnahmen folgen.⁸⁴

„Wie Feller (2004, S. 67) gezeigt hat, thematisieren die Unternehmen in Umweltberichten selten ihre negativen Umweltwirkungen und sprechen auch

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 166.

⁸¹ Vgl. www.news.bbc.co.uk/2/hi/science/nature/8040468.stm (Zugriff vom 16.06.2013).

⁸² Vgl. Ihlen 2009, S. 257.

⁸³ „There is plenty of evidence to show that the market does not necessarily punish corporations that do not engage in CSR.“; ebd., S. 258 (Übersetzung T.K.).

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 246.

selten von grundsätzlichen Problemen etwa derart, ob gewisse Industrien und der Lebensstil, den sie fördern, ‚immanent mehr Schäden als Nutzen mit sich bringen‘.⁸⁵

Das Zitat verdeutlicht ein zentrales Element des ökomodernen Diskurses: Lösungsansätze, die auf strukturelle Veränderungen zielen, finden keine Beachtung. Trotz ihrer mageren Ergebnisse sehen sich einzelne multinationale Konzerne als Teil der Problemlösung und als wichtige Akteur/innen bei der Verhinderung eines extremen Klimawandels.⁸⁶ Dabei begreifen sie ökologische Probleme auch als (ökonomische) Chance. Aufgrund des sogenannten „first mover advantage“ versprechen sich bestimmte Firmen durch die Übernahme einer Pionierrolle Wettbewerbsvorteile und entsprechende Gewinnchancen.⁸⁷ Dies trifft besonders für Unternehmen aus den Bereichen der erneuerbaren Energien, der Energie- und Rohstoffeffizienz, der Kraft-Wärme-Kopplung, der nachhaltigen Mobilität und der Kreislaufwirtschaft zu, die auch als „Unternehmen aus dem Nachhaltigkeitssektor“⁸⁸ beziehungsweise „grüne Industrien“⁸⁹ bezeichnet werden. Im Rahmen eigener Wirtschaftsverbände wie dem European Business Council for Sustainable Energy (e5) setzen sie sich für striktere Regulierungen ein, da sie sich davon ein Wachstum ihrer Absatzmärkte erhoffen.⁹⁰ Primär zielt ihre Lobbyarbeit auf die Förderung der von ihnen bereits entwickelten und den noch zu entwickelnden Technologien. Durch ihre geringen Marktanteile – gerade im Vergleich zu Erdöl- und Erdgasunternehmen – ist ihr Einfluss zwar begrenzt, aber aufgrund ihrer relativ hohen Zahl an Beschäftigten und ihrer Exportorientierung auch nicht ganz unerheblich.⁹¹ Diese grünen Industrien stehen paradigmatisch für die ökomoderne Hoffnung auf innovative Technologien zur Bearbeitung der ökologischen Krise. Daneben spielen sie als

⁸⁵ „As Feller (2004, p. 67) has argued, corporate environmental reports rarely recognize problems with environmental performance or discuss fundamental problems such as whether certain industries and the lifestyles they support ‚inherently produce more harms than benefits.‘“; ebd., S. 247 (Übersetzung T.K.).

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 255.

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 256.

⁸⁸ Brunnengräber 2009, S. 190.

⁸⁹ Oberthür, Ott 2000, S. 111.

⁹⁰ Vgl. Brunnengräber 2009, S. 190.

⁹¹ Vgl. Rest 2011, S. 103 ff.

Wachstumsbranche in Bezug auf das ökomoderne Argument der Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum eine wichtige Rolle – insbesondere durch die Schaffung von sogenannten „grünen Arbeitsplätzen“. Insgesamt stellen die neuen „grünen“ Kapitalfraktionen eher ein Versprechen als eine reale gesellschaftliche Kraft dar. Dies zeigt sich aktuell in den Reaktionen auf die ökonomische Krise. Sowohl die staatlichen Förderungen als auch die Investitionen in erneuerbare Energien waren innerhalb der Europäischen Union rückläufig.⁹²

„Aktuell gibt es [...] in Europa kaum durchsetzungsfähige soziale Kräfte, denen es gelingen könnte, eine ökologische Modernisierung des Energiesektors als explizite Krisenstrategie gesellschaftlich zu verallgemeinern, zu forcieren und in staatliche Politiken einzuschreiben. Die ‚grünen Akteure‘ sind dafür noch zu schwach, und die etablierten Energiekonzerne setzen bisher ihre hergebrachten Unternehmensstrategien fort, auch wenn sie selektiv in erneuerbare Energien investieren. Die Transformation hin zu einem grünen Kapitalismus scheint in Form eines inkrementellen Wandels voranzuschreiten.“⁹³

2.5 Die Formierung des ökomodernen Diskurses und der Wandel der Umweltbewegungen

Die Formierung des ökomodernen Diskurses steht in einem engen Zusammenhang mit einem Wandel der Umweltbewegungen. Die Umweltbewegungen stießen einen gesellschaftlichen Prozess an und etablierten die ökologische Krise als relevante gesellschaftliche Herausforderung. Das gestiegene Interesse an ökologischen Fragen und die breite Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise in verschiedenen Gesellschaftsbereichen wirkten wiederum auf die Umweltbewegungen zurück. Aktivist/innen eigneten sich zunehmend Fachwissen an und entwickelten sich zu Gegenexpert/innen. Mit dieser Professionalisierung der politischen Praxis ging ein Strategiewechsel

⁹² Vgl. Haas, Sander 2013, S. 28.

⁹³ Ebd., S. 29.

einher, der vor allem zu einem stärkeren Interesse an der Beeinflussung konkreter politischer Entscheidungen führte.⁹⁴ Mit dem Strategiewechsel war eine Verschiebung der Problemdefinition von einer sozial-ökologischen zu einer rein ökologischen verbunden. Zur Lösung sozial-ökologischer Probleme bedarf es notwendig einer Transformation gesellschaftlicher Strukturen, wohingegen für rein ökologische Probleme im Einzelfall (vorwiegend technische) Lösungen gefunden werden können, ohne dass die Ursachen in den Strukturen der Gesellschaft zu suchen und zu bekämpfen wären. Damit ging ein Wandel der Subjektpositionierung einher: Die Rolle des/der Gegenexpert/in wurde zum attraktiven Identitätsangebot.⁹⁵ Die Selbst- und Fremdzuschreibung von Attributen wie realistisch, seriös und professionell wurde durch diese Subjektposition ermöglicht und hatte sie gleichzeitig zur Voraussetzung. Dagegen musste der Eindruck eines romantischen Träumers/einer romantischen Träumerin vermieden werden, um als Gegenexpert/in Gewicht zu haben.⁹⁶ War für die Umweltbewegungen in den 1970er Jahren die Entgegnung von ökonomischen Kosten-Kalkulationen oder wissenschaftlichen Risiko-Kalkulationen mit moralischen Argumenten ein gangbarer Weg, so wurde dies in den 1980er Jahren seltener, da man weiterhin als Expert/in gelten wollte. Die politische Arbeit zielte laut Hajer nicht mehr primär auf Massenmobilisierung, sondern auf die Beeinflussung von Eliten. Durch diesen Strategiewechsel bedurfte es einer neuen Sprache, durch die man sich der Möglichkeit der moralischen Argumentation beraubte.⁹⁷

Im Zusammenhang mit den Restriktionen durch den Wandel der Subjektposition und einer daran gekoppelten neuen Sprache benennt Hajer noch ein besonders interessantes Phänomen: Sobald es einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit gab, auf die ökologische Krise reagieren zu müssen, wurde es für

⁹⁴ Dabei kann nicht einfach ein Automatismus angenommen werden – im Sinne eines kausalen Zusammenhangs zwischen der Professionalisierung einer Bewegung und der Abkehr von radikaler Systemkritik. Stattdessen müssen konkrete Kontexte dieser Institutionalisierung in den Blick genommen werden, um die Hinwendung zu gemäßigeren Positionen erklären zu können.

⁹⁵ Vgl. Brand et al. 1997, S. 192 ff.; Hajer 1995, S. 93 f.

⁹⁶ Vgl. Hajer 1995, S. 102.

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 103.

radikale Gruppen zunehmend schwerer, Deutungshoheit über die Problemdefinition und die daraus folgenden adäquaten Lösungen zu erlangen.⁹⁸ Hajer nennt verschiedene Gründe – wobei keine eindeutige Einteilung in Ursachen und Folgen möglich ist – für den Wandel der Umweltbewegungen. Er sieht in der ökonomischen Rezession einen äußeren Zwang, auf weit verbreitete Ängste vor Inflation und Massenarbeitslosigkeit reagieren zu müssen. Weiterhin konstatiert er einen Zusammenhang des Wandels der Subjektpositionierung mit dem Wechsel der Themen, welche die ökologischen Debatten dominierten – weg von der Kernkraft hin zu neuen Themen wie saurer Regen oder dem Verschwinden der Ozon-Schicht, die sich weniger für antagonistische Forderungen eigneten. Darüber hinaus kam es zur Professionalisierung der Umweltbewegungen, NGO-Eliten bildeten sich heraus. Der Erfolg des ökomodernen Diskurses – dessen Konzepte ausgefeilter wurden und der in Wissenschaft, Denkfabriken und internationalen Organisationen wie OECD und UNEP Einzug hielt – war ein weiterer Grund, auf eine antagonistische Position zu verzichten und stattdessen über interne Kritik Erfolge anzustreben.⁹⁹ Neben den genannten Gründen wirkte sich auch eine Entwicklung auf der Ebene der gesamtgesellschaftlichen Diskursorganisation auf die ökologischen Debatten aus. Spätestens seit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 blieben Stimmen aus, die sich um die Forderung nach einer alternativen Wirtschaftsordnung jenseits des Marktmechanismus (beispielsweise Öko-Sozialismus) gruppieren.¹⁰⁰ Insgesamt lässt sich festhalten, dass es parallel zur schrittweisen Durchsetzung des ökomodernen Diskurses zu einer Marginalisierung antagonistischer Positionen kam. Allerdings sprechen Philip Bedall und Achim Brunnengräber von einem neuen Bewegungszyklus, der in den letzten Jahren Form angenommen habe und den Zyklus der NGOisierung, der durch die hier beschriebene Professionalisierung

⁹⁸ Vgl. ebd., S. 102 f.

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 94 f.

¹⁰⁰ Vgl. Kaufmann, Müller 2009, S. 157.

der zivilgesellschaftlichen Akteur/innen gekennzeichnet war, ablöse.¹⁰¹ In Bezug auf sozial-ökologische Auseinandersetzungen sehen sie in den Protesten während des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm einen ersten Kristallisationspunkt des neuen Zyklus. Des Weiteren verweisen sie auf die Protestcamps im Allgemeinen und auf die Klimacamps im Besonderen als neue Protestform. Insgesamt zeichnet sich für Bedall und Brunnengräber der neue Bewegungszyklus durch eine Re-Polarisierung politischer Auseinandersetzungen aus, die mit der 2008 einsetzenden Finanzmarktkrise noch einmal verstärkt wurde. Dabei entwickeln sich mit dem verstärkten Auftreten von transnationalen Bewegungsnetzwerken auch neue Strategien der Politisierung, die durch einen Anti-Institutionalismus gekennzeichnet sind. Daneben bleibt die Bezugnahme auf die und die kritische Begleitung der Politik offizieller Institutionen – beispielsweise im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen – bestehen. Dies liegt auch daran, dass in diesen hybriden Bewegungsnetzwerken sowohl basisorientierte Gruppen als auch Nichtregierungsorganisationen aktiv sind, also keine strikte Trennlinie zwischen etablierten NGOs und den Bürgerbewegungen gezogen werden kann. In diesem Zusammenhang ist auch die Enttäuschung großer NGOs von den UN-Klimaverhandlungen 2009 in Kopenhagen zu sehen, die zu einer Hinwendung zu radikaleren Positionen, stärker protest-orientierter Arbeit und der verstärkten Zusammenarbeit mit Bewegungsaktivist/innen geführt hat. Symptomatisch dafür steht die Stellungnahme von Wael Hmaidan im Plenum des Rio+20-Gipfels.¹⁰² Darin wehrt sich der Vorsitzende des Climate Action Network (CAN) gegen die Vereinnahmung der NGOs durch die Regierungsvertreter/innen.

„Man kann ein Dokument nicht mit ‚The Future We Want‘ überschreiben, ohne planetarische Grenzen, Kippunkte oder die Tragfähigkeit der Erde zu erwähnen. Der Text ist in der jetzigen Fassung realitätsfremd. Nur damit eines klar ist, die Nichtregierungsorganisationen hier in Rio unterstützen das Dokument ganz und

¹⁰¹ Für den gesamten Absatz vgl. Bedall, Brunnengräber 2012, S. 45 f.

¹⁰² Die United Nations Conference on Sustainable Development des Jahres 2012 wird in Anspielung auf die 1992 durchgeführte Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung auch Rio+20-Gipfel genannt.

gar nicht. Innerhalb nur eines Tages haben bereits über 1.000 Organisationen und Einzelpersonen eine Petition mit dem Titel ‚The Future We Don’t Want‘ unterzeichnet, die den aktuellen Verhandlungstext gänzlich ablehnt. Er spiegelt in keiner Weise unsere Hoffnungen wider, und deshalb verlangen wir, dass die Wörter ‚mit vollständiger Beteiligung der Zivilgesellschaft‘ aus dem ersten Absatz gestrichen werden.“¹⁰³

Als Vertreter des größten Zusammenschlusses von NGOs macht er damit deutlich, dass auch die gemäßigeren NGOs nicht mehr gewillt sind, den mageren Ergebnissen internationaler Klimapolitik durch ihre konstruktive Teilnahme an den Verhandlungen Legitimität zu verleihen.

Welche gesellschaftliche Wirkung diese Re-Polarisierung im zivilgesellschaftlichen Raum entfalten kann, ist laut Bedall und Brunnengräber noch nicht ausgemacht. Sie diagnostizieren in Bezug auf die Politik von Seiten der Bewegungen das Fehlen attraktiver Gegenentwürfe und eines klaren Programms. Erst eine diesbezüglich eindeutigerer antagonistische Position – mit einem eigenen Anspruch auf die Repräsentation des Allgemeinwohls – würde diesen Bewegungszyklus zu einem „gegenhegemonialen“ Projekt machen. Unabhängig davon sehen Bedall und Brunnengräber aber dennoch das Potenzial spezifischer Korrekturen bestehender ungleicher Verhältnisse.¹⁰⁴

3. Ökomoderne Strategien der Schließung der Diskursgrenzen

Nachdem ich die Formierung des ökomodernen Projekts nachgezeichnet habe, widme ich mich nun seinen Hegemoniestrategien. Durch die Analyse von Schlüsseldokumenten des ökomodernen Diskurses (wie beispielsweise den Club-of-Rome-Bericht ‚Limits to Growth‘, den Brundtland-Bericht ‚Our

¹⁰³ „You cannot have a document titled ‚The Future We Want‘ without any mention of planetary boundaries, tipping points, or the Earth’s carrying capacity. The text as it stands is completely out of touch with reality. Just to be clear, NGOs here in Rio in no way endorse this document. Already more than 1.000 organisations and individuals have signed in only one day a petition called ‚The Future We Don’t Want‘ that completely refuses the current text. It does not in any way reflect our aspiration, and therefore we demand that the words ‚in full participation with civil society‘ are removed from the first paragraph.“; Hmaidan 2012 (Übersetzung T.K.).

¹⁰⁴ Vgl. Bedall, Brunnengräber 2012, S. 49.

Common Future“, die Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung sowie den aktuellen Bericht der UNEP „Towards a Green Economy“) und Studien über ökologische Modernisierung (wie etwa Maarten Hajers „The Politics of Environmental Discourse“ und viele andere, die in diesem Aufsatz zitiert werden) konnte ich drei zentrale ökomoderne Strategien der Schließung der Diskursgrenzen ausmachen, mit denen Alternativen undenkbar gemacht werden und die Erzeugung eines ökomodernen Konsenses forciert wird: reflexive Naturbeherrschung, reflexiver Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Diese stehen in einem engen Zusammenhang und bilden den Kern des ökomodernen Lösungsversprechens.

Die Darstellung der Grenzziehungsstrategien erfolgt jeweils in vier Schritten. Zunächst zeige ich, wie mit der jeweiligen Strategie auf die ökologische Krise reagiert und wie dabei kritische Positionen in einen Diskurs der ökologischen Modernisierung eingeschlossen werden. Anschließend arbeite ich heraus, inwiefern mit der Schließungsstrategie eine Veränderung gegenüber der bis in die 1970er Jahre hegemonialen Diskursorganisation der „Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz“ verbunden ist. Schließlich wird analysiert, an welchen Stellen *Risse* und *Brüche*¹⁰⁵ auftauchen und antagonistische Praktiken ansetzen (könnten).

¹⁰⁵ Aufgrund der konstitutiven Prekarität von Hegemonie gibt es immer wieder Situationen „die so neu sind, dass sie nicht aus der bestehenden sozialen Wirklichkeit heraus bearbeitet werden können“ (Glasze, Mattissek 2009, S. 161). Diese Situationen bezeichnen Laclau und Mouffe als Dislokation. Der Dislokation von Identitäten, Projekten und Situationen liegt die Überdeterminierung, die alle Versuche der Bedeutungsfixierung gemeinsam haben, zugrunde (vgl. Laclau, Mouffe 2001 [1985], S. 97 f., 142; Laclau 1990, S. 40). Laclau und Mouffe gehen davon aus, dass partikuläre Artikulationen zu Diskursen zusammengefügt werden. Es überlagern sich dabei immer unterschiedliche Begründungsmuster und Sinnkonstruktionen. Insofern beinhalten – auch stark hegemonialisierte – Diskurse immer hybride und teilweise auch in sich widersprüchliche Momente. Sie sind also von einer Dislokation auf ontologischer Ebene geprägt. Deshalb kommt es immer wieder zu Dislokationen auf ontischer Ebene, in denen die Überdeterminierung aufbricht und hybride sowie widersprüchliche Momente der hegemonialen Diskursorganisation auftauchen (vgl. Glasze, Mattissek 2009, S. 157). Diese Effekte werden hier als *Brüche* und *Risse* bezeichnet. Joscha Wullweber benennt zwei mögliche Ursachen für derartige Brüche und Risse. Zum einen hat die Unfähigkeit einer Diskursorganisation, bestimmte Ereignisse hegemonial zu integrieren, dislokatorische Effekte. Zum anderen können Dislokationen auftreten, wenn bestimmte Artikulationen auf Dauer von einer Diskursorganisation ignoriert werden (vgl. Wullweber 2010, S. 140). Ein dislozierter Diskurs kann sehr unterschiedliche Entwicklungen nehmen. Die Entwicklung hängt unter anderem von der Stärke der Dislokation, der Homogenität der hegemonialen Projekte und der Verbreitung von gegenhegemonialen Projekten ab.

3.1 Ökomoderne Strategien der Schließung der Diskursgrenzen – reflexive Naturbeherrschung

Die Reaktion des ökomodernen Diskurses auf das Scheitern der Versuche einer absoluten *Naturbeherrschung*¹⁰⁶ kann man als *Strategie der Reflexion nichtintendierter Nebenfolgen* beschreiben. Die Kritik an der Naturbeherrschung wird in den ökomodernen Diskurs integriert, ohne dass die Naturbeherrschung als Prinzip infrage gestellt wird: Das Scheitern der Naturbeherrschung wird reflektiert und die nichtintendierten Nebenfolgen bearbeitet. Dies bedeutet allerdings keine prinzipielle Reflexion der Abhängigkeit von Natur (beziehungsweise der *Nichtidentität der Natur*¹⁰⁷) als Quelle von Unsicherheit.¹⁰⁸ Stattdessen stellt es den Versuch dar, die nichtintendierten Nebenfolgen der Naturbeherrschung berechenbar zu machen. Die (Re-)Produktion der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wird weiterhin als Subsumtion der Natur unter die historisch institutionalisierten Bedürfnisse der Gesellschaft bestimmt, die wiederum – vor dem Hintergrund des dominanten ökonomischen Diskurses des globalen Konkurrenzkampfes – in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden.¹⁰⁹ Im ökomodernen Diskurs wird von einem Sachzwang zur „Erzielung eines ökologisch-ökonomischen Doppelnutzens“¹¹⁰ ausgegangen.

¹⁰⁶ Naturbeherrschung stellt eine spezifische Form der Naturaneignung dar. Naturaneignung bezeichnet die Gestaltung des Verhältnisses von Mensch, Gesellschaft und Natur und damit zum Beispiel die Art und Weise der physikalisch-chemischen Umwandlung von Stoffen sowie deren Verteilung und Konsumtion. Auf dieser basalen Ebene kann die Gesellschaft „aus den Abhängigkeiten im Verhältnis zur Natur grundsätzlich nicht entkommen, weil in den gesellschaftlichen Prozess immer materiell-stoffliche Elemente eingehen und dieser damit auf den Stoffwechsel mit der Natur angewiesen ist“ (Brand, Görg 2003, S. 17). Naturaneignung zu menschlichen Zwecken unterliegt dabei immer spezifischen Deutungen und Ausgestaltungen, die gesellschaftlich konstruiert sind. Die Naturbeherrschung – als spezifische Form der Naturaneignung – zeichnet sich prinzipiell durch die einseitige Subsumtion der Natur unter die historisch institutionalisierten gesellschaftlichen Bedürfnisse aus und einer damit einhergehenden Negation der Natur als etwas Selbstständiges mit Eigensinn (vgl. Görg 2003 a, S. 43 ff.).

¹⁰⁷ Die Nichtidentität von Natur steht für die Anerkennung der Natur als anderes und die Einsicht, dass Natur im Menschen und in der Gesellschaft ist, ohne mit ihr zusammenzufallen. Natur wird somit als eine dem Menschen fremde (äußere wie innere) Bedingung seiner Existenz gefasst. Die Nichtidentität steht für die Reflexion darüber, dass Natur in allen sozialen Prozessen involviert ist und dieses Implikat immer auch Momente der Unverfügbarkeit und Widerständigkeit behält (vgl. ebd., S. 41; Görg 2003 b, S. 123).

¹⁰⁸ Vgl. Görg 2003 a, S. 188.

¹⁰⁹ Vgl. Görg 2003 a, S. 140.

¹¹⁰ Jänicke 1988, S. 23.

Dennoch hat die Forderung nach reflexiver Naturbeherrschung eine Veränderung der Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse zur Folge. Die Idee einer absoluten Kontrollierbarkeit der Natur wurde weitestgehend aufgegeben.¹¹¹ Damit gehen veränderte Deutungs- und Handlungsmuster einher, die auf die nichtintendierten Nebenfolgen reagieren. Die Risikoabschätzung – als rationale Bearbeitung des Problems der Entscheidungsfindung unter Ungewissheit – spielt dabei eine wichtige Rolle.¹¹² Ausgeschlossen bleibt aber weiterhin jede grundsätzliche Kritik an der Naturbeherrschung. Sie läuft dementsprechend mangels Aufmerksamkeit ins Leere.

Die Entthematisierung ist möglich, solange es keine wirkungsmächtigen gegenhegemonialen Projekte gibt. Wenn die marginalisierte Kritik am aktuellen Prinzip der gesellschaftlichen Naturbeherrschung einflussreicher artikuliert würde, gerieten die Unkontrollierbarkeitspotenziale der Naturbeherrschung stärker in den Fokus. Daneben beziehungsweise zusätzlich verschärfen Ereignisse, in denen das Management der nichtintendierten Nebenfolgen scheitert, Risse im ökomodernen Diskurs, an denen (re-)politisierende Artikulationen ansetzen (können). So hatte beispielsweise die Nuklearkatastrophe in Fukushima in ganz verschiedenen Gesellschaften (re-)politisierende Effekte. Die tatsächlichen Änderungen in der Energiepolitik fielen allerdings sehr unterschiedlich aus. An diesem Beispiel wird besonders deutlich, dass im ökomodernen Diskurs eine Spannung existiert zwischen der Erkenntnis, dass absolute Naturbeherrschung nicht möglich ist, und dem Festhalten an der Vorstellung einer immer rationaleren Naturbeherrschung. Durch den Mechanismus der Risikoabschätzung wird versucht, die bewusste Inkaufnahme nichtintendierter Nebenfolgen zu managen. Dabei übt der vermeintliche Sachzwang der Wettbewerbsfähigkeit einen Druck auf die Verschiebung der Grenzen reflexiver Naturbeherrschung aus. So wurden nach

¹¹¹ Vgl. Brand, Görg 2003, S. 18 f.

¹¹² Vgl. Görg 2003 a, S. 140, 188.

der Nuklearkatastrophe in Fukushima weltweit viele Kernkraftwerke einer besonderen Sicherheitsprüfung unterzogen, um die Risiken eines Atomunfalls abschätzen zu können. Dabei wurden oftmals erhebliche Sicherheitsmängel festgestellt. Tatsächlich abgeschaltet wurden allerdings nur sehr wenige Kraftwerke (nur in Deutschland und Japan wurden laufende Atomkraftwerke mit sofortiger Wirkung abgeschaltet). Die Sorge um eine Gefährdung des Wirtschaftswachstums wog in den meisten Fällen schwerer als die Sicherheitsbedenken. Diese Inkaufnahme möglicher nichtintendierter Nebenfolgen – die in diesem Fall bis hin zum Atomunfall reichen können – ist ein Beispiel für die einseitige Subsumtion der Natur unter die historisch institutionalisierten gesellschaftlichen Bedürfnisse.

3.2 Ökomoderne Strategien der Schließung des Diskursgrenzen – reflexiver Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität

Für die Industriemoderne geht Ulrich Beck von einem technologiepolitischen Fortschrittskonsens aus, der „sein Fundament in der allseits geteilten Friedensformel ‚*technischer Fortschritt gleich sozialer Fortschritt*‘“¹¹³ hatte. Diese „Ineinssetzung von technischem mit sozialem Fortschritt“¹¹⁴ war laut Beck die Bedingung für die diskursive Trennung des technischen Fortschritts von seinen negativen sozialen und ökologischen Wirkungen. Dies habe eine Thematisierung von Folgen ohne die Infragestellung des technologischen Wandels selber nach sich gezogen.¹¹⁵ Beck geht davon aus, dass der Fortschrittsglaube erst mit dem Anwachsen der Risiken in den 1970er und 1980er Jahren prekär geworden ist.¹¹⁶ Allerdings betont er, dass der Verlust des Fortschrittsvertrauens nichts an dem Vollzug des technischen Wandels geändert hat. Mit dem Begriff der „Subpolitik“ versucht Beck die vermeintlich paradoxe

¹¹³ Beck 1986, S. 326 (Hervorhebung im Original).

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ Vgl. ebd., S. 326 f.

¹¹⁶ Vgl. ebd., S. 324, 327.

Situation zu beschreiben, dass es vermehrt Kritik am technischen Fortschritt gibt, das Prinzip des technischen Fortschritts aber selber unangetastet bleibt und die Kritik nahezu wirkungslos ist – zumal sie zumeist ex post, „wie ein *Nachruf* auf längst getroffene Entscheidungen“¹¹⁷ artikuliert wird.

Ich teile zwar nicht Becks Annahme eines objektiven Anwachsens von Risiken, aufgrund dessen der Fortschrittsglaube brüchig geworden sei.¹¹⁸ Allerdings teile ich sehr wohl seine Einschätzung, dass der Fortschrittsglaube ab den 1970er Jahren prekär geworden ist, ohne dass dies in einer grundsätzlichen Kritik am Fortschrittsgedanken münden würde.¹¹⁹

Insofern kann die Reaktion im ökomodernen Diskurs auf fortschritts- und technikskeptische Artikulationen ebenfalls als *Strategie der Reflexion nichtintendierter Nebenfolgen* beschrieben werden. So ist die Forderung nach einem reflexiven Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität ein zentrales Element des ökomodernen Diskurses. Seit den 1980er Jahren kann man in ökologischen Debatten einen Wechsel der Problemdefinition von einer sozial-ökologischen zu einer rein ökologischen beobachten. Damit geht eine Hinwendung zur Suche nach technologischen Lösungen für isolierte Probleme einher.¹²⁰ Was die „technologische Flucht nach vorn“¹²¹ vorantreibt, sind zum einen die Versuche der Steigerung des Sicherheitsempfindens durch das Management nichtintendierter Nebenfolgen und zum anderen das ökonomische Ziel, Umwelttechnologien zum Exportschlager zu machen.¹²²

Die Forderung nach reflexivem Fortschritt hat eine spezifische Veränderung der Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse bewirkt. So wird in der Perfektionierung der technologischen Entwicklung ein gangbarer Weg zur Erlangung von Sicherheit gesehen. Sowohl risikobewusste Elemente wie

¹¹⁷ Beck 1986, S. 329 (Hervorhebung im Original).

¹¹⁸ Für Beck ist das ein strukturell bedingter immanenter Prozess der Modernisierung. Stattdessen interpretiere ich die Deutung, dass der technische Wandel zu einem Anwachsen von Risiken führt, als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Diese müssen nicht zwangsläufig mit Veränderungen in der Materialität (als verstetigte gesellschaftliche Naturverhältnisse) korrelieren und können deshalb auch nicht allein auf diese zurückgeführt werden.

¹¹⁹ Vgl. Halfmann 1998, S. 7 f.

¹²⁰ Vgl. Becker, Jahn 2006, S. 54; Hajer 1995, S. 93.

¹²¹ Jänicke 1993, S. 18.

¹²² Vgl. Görg 2003 a, S. 137 f.

Technikfolgenabschätzung, Technikakzeptanz-Forschung und Risikokommunikation als auch risikovermeidende Elemente wie der Einsatz „sanfter Technologien“ oder das Ziel der Effizienzsteigerung haben dadurch an Bedeutung gewonnen.

Damit ist eine Verlagerung der Aufmerksamkeit von den strukturellen Ursachen auf die Symptome der ökologischen Krise verbunden, die man glaubt, technisch bearbeiten zu können. Prinzipieller Kritik am Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität wird nicht offensiv begegnet, sondern sie wird ausgeschlossen.¹²³

Analog zur reflexiven Naturbeherrschung ist auch hier meine Vermutung, dass es zu (re-)politisierenden Prozessen kommen könnte, wenn sich deutliche Grenzen der Bearbeitung der ökologischen Krise durch Technologien zeigen würden und/oder die marginalisierte fortschritts- und technikskeptische Kritik wieder mehr Aufmerksamkeit erfahren würde. Für derartige antagonistische Artikulationen gibt es verstärkt Ansatzpunkte, je weniger erfolgreich die ökomoderne Doppelstrategie der gleichzeitigen Verfolgung ökologischer und ökonomischer Ziele ist. In Bezug auf das prominenteste ökologische Ziel der drastischen Reduktion von Treibhausgasemissionen stoßen die risikovermeidenden Instrumente – Energieeffizienz und der Einsatz sanfter Technologien – angesichts der Rückwirkungen („Rebound-Effekte“)¹²⁴ an Grenzen. In Bezug auf das ökonomische Ziel kann man konstatieren, dass sich in bestimmten Industrieländern ein spezifisches Segment „grüner Kapitalfraktionen“ herausgebildet hat, deren Profit auf der ökomodernen

¹²³ Vgl. Huber 2011 b, S. 154.

¹²⁴ Rebound-Effekte bezeichnen das Phänomen, dass Produktivitätssteigerungen zu einer Mehrnachfrage führen und dadurch die erwarteten absoluten Reduktionen des Ressourcenverbrauchs nicht in Gänze oder gar nicht eintreten. In bestimmten Fällen kann die Produktivitätssteigerung sogar zu vermehrtem Ressourcenverbrauch führen, was man dann als „Backfire“ bezeichnet. Tilman Santarius unterscheidet finanzielle, materielle, psychologische und Cross-Factor-Rebound-Effekte. So führt die Steigerung der Energieeffizienz zu einem Einkommensgewinn und damit zu neuem Verbrauch bei den Konsument/innen beziehungsweise zu neuen Investitionen bei Produzent/innen. Materielle Rebound-Effekte liegen vor, wenn die Herstellung und der Konsum von effizienteren Technologien mit einem erhöhten Energieaufwand einhergehen. Die psychologischen Rebound-Effekte erklären, wie es beim Wechsel zu energieeffizienten Technologien zu einer Steigerung der symbolischen Bedeutung dieser Güter und Dienstleistungen und damit zu einem Mehrverbrauch kommen kann. Cross-Factor-Rebound-Effekte sind dafür verantwortlich, dass auch eine Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität eine Mehrnachfrage nach Energie nach sich ziehen kann, etwa durch energieverbrauchende Mechanisierung und Automatisierung oder wenn die Anwendung energieeffizienterer Technologien zugleich mit Zeitersparnissen einhergeht (vgl. Santarius 2012).

Bearbeitung der ökologischen Krise basiert.¹²⁵ Auch wenn dies einen wachsenden Sektor darstellt, so bilden die Umwelttechnologien (noch) kein alternatives Geschäftsmodell für einen Großteil der Unternehmen.¹²⁶ Speziell die großen Energiekonzerne beharren auf ihrer Kernkompetenz – der zentralisierten Energieproduktion auf Basis fossiler Brennstoffe.¹²⁷ Angesichts der Versprechen einer *Green Economy* halten sich vor allem die ökologischen, aber auch die ökonomischen Erfolge des ökomodernen Projekts in Grenzen. Diese Diskrepanz kann zu einem Bruch innerhalb des ökomodernen Diskurses führen. In jedem Fall ist mit der Strategie der Beschränkung des Diskurses auf den erhofften Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität ein gewisser Erfolgsdruck und ein technologischer Suchprozess – nach dem technologischen Allheilmittel oder nach dem geeigneten Portfolio technologischer Lösungen – verbunden.

3.3 Ökomoderne Strategien der Schließung des Diskursgrenzen – nachhaltiges Wachstum

Der ökomoderne Diskurs greift die Kritik am Wirtschaftswachstum auf und integriert sie als Forderung nach nachhaltigem Wachstum. Das Konzept des nachhaltigen Wachstums kann man als *Strategie der Äquivalenzierung* bezeichnen.¹²⁸ Strategien der Äquivalenzierung machen aus ehemaligen Gegensätzen „einfache Differenzen, die nur einer entsprechenden Mediation bedürfen“.¹²⁹ Der vormals artikulierte Gegensatz zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum wird zur Synthese des nachhaltigen Wachstums, indem man annimmt, dass die beiden Ziele nicht kollidieren, sondern miteinander in Einklang gebracht werden können.¹³⁰ Der ökomoderne Diskurs geht sogar so weit, den von Kritiker/innen postulierten Gegensatz in sein Gegenteil zu

¹²⁵ Vgl. Kaufmann, Müller 2009, S. 160.

¹²⁶ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2009, S. 2.

¹²⁷ Vgl. Hirsch 2011, S. 19; Rest 2011, S. 103 ff.

¹²⁸ Zur „Strategie der Äquivalenzierung einer Artikulation“ vgl. Wullweber 2010, S. 146 f.

¹²⁹ Ebd., S. 147.

¹³⁰ Vgl. Huber 1993, S. 54; Huber 2011 a, S. 279.

verkehren und Wirtschaftswachstum als Bedingung für effizienten Umweltschutz sowie umgekehrt Umweltschutz als Wachstumsmotor zu begreifen.¹³¹

Mit der Etablierung der Forderung nach nachhaltigem Wachstum ist eine Veränderung der Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse verbunden. Die Akzeptanz der Ökologieproblematik wurde institutionalisiert und die Überzeugung durchgesetzt, dass eine gänzlich unveränderte Fortschreibung der Wirtschaftsweise nicht zu verantworten ist.¹³²

In Bezug auf die Wachstumskritik, die sich ab den 1970er Jahren entwickelte, stellt die Forderung nach nachhaltigem Wachstum eine strategisch-selektive Aneignung dar, da die Grundprinzipien des konventionellen Entwicklungsmodells mit dem Konzept des *Sustainable Development* nicht infrage gestellt werden. Weiterhin wird die Kritik an den fossilistischen und zentralisierten Strukturen des Wirtschaftens gekappt. So wurde den wachstumskritischen Artikulationen ihr antagonistischer Charakter genommen.¹³³

Allerdings ist die Mediation zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz weiterhin latent brüchig, denn Strategien der Synthetisierung beruhen auf reduktionistischen Modellen und können deshalb nie vollständig gelingen.¹³⁴ So ist auch die absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch beziehungsweise Treibhausgasemissionen bislang eine theoretische Vorstellung ohne historische Belege.¹³⁵ Wenn auch in der nahen Zukunft empirische Nachweise für die Möglichkeit der Synthese von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz ausbleiben, kann dies zu Rissen und Brüchen im ökomodernen Diskurs führen.

Die Schwierigkeit dieser Synthese besteht in der Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Brennstoffen. Seit der industriellen Revolution ist das

¹³¹ Vgl. Pelfini 2006, S. 156.

¹³² Vgl. Hajer 1995, S. 3, 25.

¹³³ Vgl. Hajer 1997, S. 113.

¹³⁴ Vgl. Wullweber 2010, S. 147.

¹³⁵ Vgl. Hannesson 2002; Kaufmann, Müller 2009, S. 166 f.; Scheer 2000, S. 9 ff.

Wirtschaftswachstum an den proportionalen Anstieg des Primärenergieverbrauchs gekoppelt.¹³⁶ Da Primärenergie seitdem fast ausschließlich aus fossilen Brennstoffen gewonnen wurde und immer noch wird, ist der stetig steigende Ausstoß von CO₂ der weltweit durchgesetzten fossilen Wirtschaftsweise inhärent.¹³⁷ Diese Schwierigkeit wird im hegemonialen Diskurs umgangen durch die Trennung in die Input-Seite der Energie-Produktion mit fossilen Brennstoffen und der Output-Seite der daraus entstehenden Emissionen, die sich in der internationalen Klimapolitik durchgesetzt hat.¹³⁸ So erfolgt keine direkte Regulierung der Nutzung fossiler Brennstoffe, sondern nur der daraus entstehenden Emissionen. Diese Inwertsetzung der schädlichen Treibhausgase ist eine wichtige Grundlage für ökomoderne Strategien, da dies „erst die Debatten über technologische Lösungen wie Effizienzstrategien, Sequestrierung [Abscheidung und Speicherung von CO₂; T.K.] und Senken ebenso wie die marktwirtschaftlichen Instrumente“¹³⁹ ermöglicht. Die alleinige Fokussierung auf die Emissionen ohne Berücksichtigung der Energieinfrastruktur trägt allerdings einen evidenten Widerspruch in sich, da gerade die Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Brennstoffen die Umstellung auf eine klimaneutrale Lebensweise so schwierig macht. Dieser Widerspruch wird bisher durch die Möglichkeit des Zukaufs von zertifizierten Emissionsreduzierungen im Rahmen der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls abgemildert; die Realisierung von Reduktionsverpflichtungen wird den Industrienationen ermöglicht, ohne dass sie einen konsequenten Strukturwandel zur Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen einleiten müssen. Die ökologischen Erfolge des Kyoto-Protokolls bleiben bislang hinter den Erwartungen der Befürworter/innen der flexiblen Mechanismen zurück – der globale Ausstoß von Treibhausgasemissionen ist weiterhin steigend. Dieser

¹³⁶ Vgl. Hannesson 2002.

¹³⁷ Vgl. Scheer 2000, S. 9 ff.

¹³⁸ Vgl. Brunnengräber et al. 2008, S. 188 ff.

¹³⁹ Brunnengräber 2009, S. 104.

mangelnde ökologische Erfolg ist eine Bruchstelle im ökomodernen Diskurs, die einen Ansatzpunkt für antagonistische Artikulationen darstellt. Dies zeigt sich, wie in Abschnitt 2.5 ausgeführt, in der zunehmenden Kritik von NGOs an den UN-Klimaverhandlungen seit dem Scheitern des Klimagipfels 2009 in Kopenhagen.

3.4 Ökomoderne Strategien der Schließung des Diskursgrenzen – ihr Lösungsversprechen

Die drei genannten ökomodernen Strategien stehen in einem engen Zusammenhang. Die Hoffnung auf reflexiven Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität nimmt als wichtige Produktivkraft eine Schlüsselrolle für die Verwirklichung von reflexiver Naturbeherrschung und nachhaltigem Wirtschaftswachstum ein. Die Hoffnungen auf Lösungspotenziale durch innovative Technologien ermöglichen dem ökomodernen Diskurs, die Bedrohlichkeit der Ökologieproblematik anzuerkennen, ohne die als Sachzwang präsentierten Vorgaben der Standortpolitik zu überschreiten. Das ökomoderne Versprechen bezieht sich damit gleichzeitig auf die Bewältigung der ökologischen Krise und auf die Stabilisierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Dabei wird davon ausgegangen, dass die etablierten politischen, ökonomischen und sozialen Institutionen die Sorge für die Umwelt internalisieren und die ökologische Krise erfolgreich bearbeiten können.¹⁴⁰ Damit wird die gesellschaftliche Suche nach möglichen Reaktionen auf die ökologische Krise eingeschränkt. Als „realistisch“ – im Sinne von konsensfähig im Rahmen des herrschenden Diskurses – und „seriös“ gelten nur noch Vorschläge, die sich in die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen einbetten lassen, „weil der Wandel des Industrialismus eher die nötige Akzeptanz findet als seine Abschaffung“.¹⁴¹

¹⁴⁰ Vgl. Hajer 1995, S. 25.

¹⁴¹ Jänicke 1993, S. 19.

4. Thesen zur Hegemonialisierung des ökomodernen Projekts und zu seinen Grenzen

(1) Das ökomoderne Hegemonieprojekt setzt sich über die Herstellung eines passiven Konsenses durch.

Den Akteur/innen, welche die Entwicklung des ökomodernen Diskurses stark prägen – Wissenschaftler/innen, Entscheidungsträger/innen in Politik und Wirtschaft, Institutionen der Politikberatung usw. –, ist gemeinsam, dass sie zwar einflussreich sind, aber nicht unbedingt auf Massenmobilisierung zielen. Damit korreliert, dass die hegemonialen Praktiken des ökomodernen Projekts einen passiven Konsens erzeugen. In das Projekt integrierte relevante gesellschaftliche Kräfte setzen es ohne aktive Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung durch – aber auch ohne dabei auf großen Widerstand zu treffen. Ein passiver Konsens kann Bestand haben, wenn eine gewisse Gleichgültigkeit herrscht, beispielsweise weil das Thema in der breiten Masse der Bevölkerung nicht wahrgenommen oder ihm keine besondere Bedeutung beigemessen wird.¹⁴² In Bezug auf die Ökologieproblematik oder speziell den Klimawandel wäre auch denkbar, dass es zwar ein generelles Interesse gibt, aber aufgrund der Komplexität ökologischer Debatten – die stark wissenschaftlich geprägt sind – den Entscheidungen und Positionen einer als kompetent eingeschätzten Elite passive Zustimmung gewährt wird. Insgesamt kann man dennoch davon ausgehen, dass ein aktiver Konsens – in dem das Hegemonieprojekt von einer Mehrheit als wünschenswert angesehen wird – stabiler ist als ein passiver. Der Europawahlkampf der Europäischen Grünen des Jahres 2009 lässt sich als Versuch interpretieren, die Zustimmung von breiteren Teilen der Gesellschaft zum ökomodernen Projekt zu erzeugen. Mit der offensiven Propagierung des „Green New Deal“ war die Hoffnung verbunden, über die konkrete

¹⁴² Vgl. Wullweber 2010, S. 152 f.

Wähler/innenmobilisierung hinaus „eine neue, hegemonie-fähige Antwort auf die offenkundige, dreifache Krisensituation zu geben“. ¹⁴³ Reinhard Bütikofer bewertet das Vorhaben allerdings als gescheitert. Den Grund dafür sieht er darin, dass der Green New Deal „zu wenig emotionalisierbar und nicht besonders massentauglich“ ¹⁴⁴ sei.

(2) Seit den 1980er Jahren dominiert das ökomoderne Hegemonieprojekt zunehmend die umweltpolitischen Aushandlungsprozesse in der internationalen Politik und in den Industrienationen.

Der ökomoderne Diskurs setzte sich ab den 1980er Jahren zunehmend bei den verschiedenen an umweltpolitischen Aushandlungsprozessen beteiligten Akteur/innen durch. Spätestens seit den 1990er Jahren fungiert das Konzept der ökologischen Modernisierung als Leitprinzip für innovative Politikformulierung im Umweltbereich ¹⁴⁵ – sowohl auf internationaler Ebene als auch auf der nationalstaatlichen Ebene der Industrieländer. ¹⁴⁶ Von einer Dominanz des ökomodernen Diskurses zu sprechen meint, dass er den Rahmen vorgibt, innerhalb dessen um die richtige Antwort auf die ökologische Krise gerungen wird. Alternative Ansätze bleiben außen vor beziehungsweise finden bei den Entscheidungsträger/innen kein Gehör.

(3) Die Dominanz des ökomodernen Diskurses beschränkt sich primär auf den Bereich der Umweltpolitik.

Der ökomoderne Diskurs dominiert die Umweltpolitik, die ihre Wirkung als eigenständiger Bereich in konventionellen politischen Institutionen entfaltet, aber auch über ergänzende Maßnahmenkonzepte, die den Kernbereich einer

¹⁴³ Bütikofer 2011, S. 29.

¹⁴⁴ Ebd., S. 32.

¹⁴⁵ Vgl. Hajer 1995, S. 30, 100.

¹⁴⁶ Vgl. Busch et al. 2005; Hajer 1995, S. 26; Huber 2011 a, S. 288.

Institution flankieren.¹⁴⁷ Darüber hinaus entwickelte er bislang keine gesamtgesellschaftliche Integrationskraft im Sinne einer Metaerzählung oder einer Selbstbeschreibung der Gesellschaft. Insofern ist seine Wirkung allein schon deshalb begrenzt, weil umweltpolitische Maßnahmen – egal ob von staatlicher oder unternehmerischer Seite – weiterhin dem Primat des ökonomischen Diskurses und damit der Profitorientierung unterliegen. Bis dato gilt die Unterordnung verschiedenster Ziele unter den Kampf um Vorteile im internationalen Wettbewerb.¹⁴⁸

Dies erklärt bis zu einem gewissen Grad die Lücke zwischen dem Anspruch der ökologischen Modernisierung, weit mehr als ein dem Modernisierungsprozess nachgeschalteter Umweltschutz zu sein, und der Wirklichkeit, die darüber kaum hinauskommt. Dieses Phänomen kann aber nicht allein auf die geringe Wirkmächtigkeit der ökologischen gegenüber anders gelagerten Diskursen erklärt werden. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des ökomodernen Projekts ist auch in seinen spezifischen Strategien begründet, wie in These 4 näher ausgeführt wird.

(4) Ökomoderne Strategien enden aus diskursinhärenten Gründen dort, wo zentrale Institutionen moderner Gesellschaften zur Disposition stehen.

Der ökomoderne Diskurs wird gerade deshalb von bestimmten gesellschaftlichen Kräften getragen, weil er die gesamtgesellschaftliche Diskursorganisation nicht infrage stellt. Die Akteur/innen, die das ökomoderne Hegemonieprojekt maßgeblich vorantreiben, drängen nicht auf die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Deshalb enden ökomoderne Strategien dort, wo zentrale Institutionen westlicher Gesellschaften zur Disposition stehen.¹⁴⁹ Dies stellt vor dem Hintergrund der fossilistischen Wirtschaft eine

¹⁴⁷ Vgl. Jacob, Volkery 2006, S. 239, 258 f.

¹⁴⁸ Vgl. Görg 2003 a, S. 214; Ihlen 2009, S. 246, 258.

¹⁴⁹ Vgl. Brand 2010, S. 142; Görg 2003 a, S. 140; Hajer 1995, S. 25; Hajer 1997, S. 108 f, 113.

starke Begrenzung dar, welche die bis dato eher geringen ökologischen Erfolge des ökomodernen Ansatzes erklärt.

(5) Die Hegemoniestrategien des ökomodernen Projekts verhinderten die Herausbildung wirkungsmächtiger gegenhegemonialer Projekte.

Die ökomodernen Strategien eint der Ausschluss gesellschaftskritischer sozial-ökologischer Perspektiven, für die die ökologische Krise ein Ergebnis gesellschaftlicher Organisationsprinzipien darstellt, deren Lösung nur über eine Änderung der gesellschaftlichen Strukturen – ihrer Deutungs- und Handlungsmuster samt ihrer verstetigten Materialisierung in Institutionen – erfolgen kann.¹⁵⁰ Ein sozial-ökologischer Ansatz zeichnet sich auch durch eine Nord-Süd-Perspektive aus, die regionale Unterschiede in Bezug auf Verursachung und Betroffenheit in den Blick nimmt. Als verkürzt erscheint aus sozial-ökologischer Perspektive dagegen der Versuch, gesellschaftliche Probleme mit technologischen Lösungen beheben zu wollen. Diese Kritik, die in den 1970er Jahren von den Umweltbewegungen artikuliert wurde, ist, wie gezeigt wurde, im Verlauf der Entwicklung des ökomodernen Diskurses marginalisiert worden.

Dies trifft noch stärker auf ganz andere Perspektiven wie zum Beispiel biozentristische Weltansichten zu. Aufgrund der Dominanz des ökomodernen Diskurses bedeutet dies, dass sowohl auf internationaler Ebene als auch auf der Ebene nationalstaatlicher Politik der Industrieländer keine Forderungen einflussreich sind, die außerhalb des unhinterfragten Rahmens der sogenannten westlichen Moderne liegen. In den institutionellen Reaktionen auf die ökologische Krise wird also weder der Anthropozentrismus noch die Entwicklung (gemessen am quantitativen Wachstum von materiellem Wohlstand) als universelles Ziel menschlichen Daseins noch die

¹⁵⁰ Vgl. Hajer 1995, S. 93 f.

wissenschaftlich-technische Rationalität als Königsweg zur Entwicklung infrage gestellt.

(6) Die Institutionalisierung der ökologischen Modernisierung als hegemoniale Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist (noch) nicht abgeschlossen.

Die Institutionalisierung eines Diskurses bedeutet die temporäre Fixierung der durch ihn ermöglichten sozialen Ordnung, Subjektpositionen, Deutungs- und Handlungsmuster. Diese Kämpfe um die Elemente des ökomodernen Diskurses sind weiterhin virulent. In dem Zusammenhang sind die diskursiven Verschiebungen in Bezug auf die ökomoderne Kernforderung – nachhaltiges Wirtschaftswachstum – zu sehen, die sich seit Mitte der 1980er Jahre um die Ausgestaltung von „Nachhaltigkeit“ (*Sustainable Development* beziehungsweise *Sustainability*) drehen. Seit wenigen Jahren entwickelt sich allerdings *Green Economy* zunehmend zur umkämpften Formel zur Erzeugung eines ökomodernen Konsenses.¹⁵¹ Bei der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung 2012 in Rio de Janeiro bildete *Green Economy* den Diskussionsrahmen. Damit fand eine Verschiebung im Vergleich zur Rio-Konferenz des Jahres 1992 statt. *Sustainable Development* stand für die gleichwertige Gewichtung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Elemente. Dagegen wird in der Forderung nach einer *Green Economy* dem ökonomischen Aspekt eine übergeordnete Bedeutung zugewiesen. Dahinter steckt die Annahme, dass der beste Schutz der Natur in ihrer Inwertsetzung liegt. Das Verhältnis zur Natur ist durch eine radikal ökonomische Sicht gekennzeichnet, in der der Natur ein wirtschaftlicher Wert zugemessen wird. Die Inwertsetzung von Natur wird dabei zum einen als ideales Mittel für Umweltschutz und zum anderen als Zweck von Umweltschutz dargestellt.¹⁵²

¹⁵¹ Vgl. UNEP 2011, S. 1.

¹⁵² Vgl. ebd., S. 2.

Green Economy fügt sich damit noch stärker als *Sustainable Development* in die gesamtgesellschaftliche Diskursorganisation ein. Die Unterordnung sozialer und ökologischer Aspekte unter das primäre Ziel der Aufrechterhaltung von Wirtschaftswachstum entspricht dem Status quo gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

5. Das ökomoderne Projekt und die Stabilität der hegemonialen Bearbeitung der ökologischen Krise

Der ökomoderne Diskurs steht für eine Phase der *reflexiven Reproduktion*. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass bislang dominante Hegemonieprojekte an Deutungshoheit gegenüber neuen Hegemonieprojekten verlieren, die um die gleichen Kernforderungen kreisen. Die etablierten Vorstellungen vom Allgemeinwohl werden also nicht verworfen, sondern sind ebenfalls die Kernforderungen der aufstrebenden Hegemonieprojekte. Konkret bedeutet dies, dass das Hegemonieprojekt der „Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz“ seit den 1970er Jahren gegenüber dem der „ökologischen Modernisierung“ an Deutungshoheit verloren hat. Dabei steht Wirtschaftswachstum in reflektierter Form weiterhin im Zentrum der Vorstellungen vom Allgemeinwohl. Allerdings kommt es zu Modifikationen. Die konkrete Ausformung dessen, was „nachhaltiges Wachstum“ bedeutet und ob es unter dem Etikett von nachhaltiger Entwicklung oder grüner Ökonomie (*Green Economy*) propagiert wird, ist noch umkämpft.

Im Vergleich zu der Stabilität des Hegemonieprojekts der „Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz“ bis in die 1970er Jahre kann man also von einer leichten Öffnung des Diskurshorizonts sprechen. Allerdings ist noch unklar, ob diese Öffnung nur kurzfristiger Natur war. Langfristig könnte damit möglicherweise eine Schließung der Diskursgrenzen verbunden sein, wenn der hegemoniale Diskurs in reflektierter Form auf Dauer noch stabiler ist. Die Stabilität würde in dem Fall auf der Fähigkeit beruhen, kritische Positionen in

das ökomoderne Projekt zu integrieren. Durch die breite Akzeptanz der Ökologieproblematik vermittelt der ökomoderne Diskurs den Eindruck, dass nun „alle an einem Strang ziehen“ müssten. Diese Suggestion einer universellen Interessenlage diskreditiert Stimmen, die jenseits des hegemonialen Diskurshorizonts liegen, als destruktive Beiträge. In diesem Zusammenhang muss Hajers bereits erwähnte Feststellung gesehen werden, dass es für Gruppen, die strukturverändernde Lösungen fordern, zunehmend schwerer wurde, Deutungshoheit über die Problemdefinition und die daraus folgenden adäquaten Lösungen zu erlangen, sobald es einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit gab, auf die ökologische Krise reagieren zu müssen.¹⁵³ Ähnlich argumentieren Karl-Werner Brand, Klaus Eder und Angelika Pöferl, wenn sie schreiben, dass sich die Mobilisierungsarbeit für Umweltgruppen dadurch erschwert hat, dass die Bedeutung von Umweltthemen nicht mehr umstritten ist und sich die Auseinandersetzungen nicht mehr um die Frage drehen, ob, sondern wie auf ökologische Probleme reagiert werden soll. Die Lösungsvorschläge der Umweltgruppen konkurrieren mit Konzepten anderer Akteur/innen.¹⁵⁴ Mit dem gestiegenen gesamtgesellschaftlichen Interesse an ökologischen Themen schwenkten die Umweltbewegungen auch strategisch um. Sie wählten tendenziell nicht mehr so häufig den Weg der scharfen Abgrenzung eigener Positionen, sondern entschieden sich öfter für den Dialog mit Entscheidungsträger/innen in Politik und Wirtschaft.¹⁵⁵ Insgesamt ist mit der Entwicklung des ökomodernen Projekts seit der Problematisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in den 1970er Jahren ein Prozess der *Schließung des Diskursgrenzen* und der *Entpolitisierung* verbunden. Konträre Stimmen, die aus einer gesellschaftskritischen sozial-ökologischen Problemdefinition heraus strukturverändernde Lösungen der ökologischen Krise vorschlugen, wurden marginalisiert.¹⁵⁶ Das Ausbleiben einer

¹⁵³ Vgl. Hajer 1995, S. 102 f.

¹⁵⁴ Vgl. Brand et al. 1997, S. 192, 201.

¹⁵⁵ Vgl. ebd., S. 197 ff.

¹⁵⁶ Vgl. Kaufmann, Müller 2009, S. 185.

antagonistischen Kraft kann als Erfolg der Hegemoniepraktiken des ökomodernen Projekts gewertet werden. Schließlich beruht Hegemonie immer auf der Undenkbarmachung von Alternativen. Gleichzeitig ist Hegemonie immer prekär, und diese Alternativen können niemals vollständig ausgelöscht werden.¹⁵⁷

An verschiedenen Stellen habe ich angedeutet, dass es innerhalb des ökomodernen Diskurses durchaus Brüche und Risse gibt. Es ist eine offene Frage, ob es dem ökomodernen Projekt gelingt, seine Institutionalisierung als hegemoniale Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse weiter voranzutreiben, ohne dass die inhärenten Bruchstellen virulent werden. Insofern ist noch nicht absehbar, ob die ökologische Krise in einer langfristigen Öffnung des Diskurshorizonts mündet beziehungsweise ob es in naher Zukunft zu einer Re-Politisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse kommt.

Literatur

Bäckstrand, Karin; Lövbrand, Eva 2006. „Planting trees to mitigate climate change. Contested discourses of ecological modernization, green governmentality and civic environmentalism“, in *Global Environmental Politics* 6, 1, S. 50-75.

Beck, Ulrich 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Becker, Egon; Jahn, Thomas 2006. „Krisendiskurse“, in *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, hrsg. v. Becker, Egon; Jahn, Thomas, S. 54-69. Frankfurt a. M., New York: Campus.

Bedall, Philip; Brunnengräber, Achim 2012. „Internationale Klimapolitik in der Transformation: Die Zivilgesellschaft als Triebkraft?“, in *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung* 11, S. 1 f.

¹⁵⁷ Vgl. Wullweber 2010, S. 112.

- Bernstein, Steven 2000. „Ideas, social structure and the compromise of liberal environmentalism“, in *European Journal of International Relations* 6, 4, S. 464-512.
- Brand, Karl-Werner; Eder, Klaus; Pofnerl, Angelika 1997. *Ökologische Kommunikation in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brand, Ulrich 2009. „Environmental crisis and the ambiguous postneoliberalising of nature“, in *Postneoliberalism – a beginning debate. Development Dialogue* 51, hrsg. v. Brand, Ulrich; Sekler, Nicola, S. 103-117. Uddevalla: Mediaprint.
- Brand, Ulrich 2010. „Sustainable development and ecological modernization: the limits to a hegemonic policy knowledge“, in *Innovation. The European Journal of Social Science Research* 23, 2, S. 135-152.
- Brand, Ulrich; Görg, Christoph 2003. *Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brunnengräber, Achim 2009. *Die politische Ökonomie des Klimawandels*. München: oekom Verlag.
- Brunnengräber, Achim 2013. *Klimaskeptiker in Deutschland und ihr Kampf gegen die Energiewende*. IPW Working Paper 1/2013. Wien: Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft.
- Brunnengräber, Achim; Dietz, Kristina; Hirschl, Bernd; Walk, Heike; Weber, Melanie 2008. *Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2009. *GreenTech made in Germany 2.0. Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland*. München: Franz Vahlen Verlag.
- Busch, Per-Olof; Jörgens, Helge; Tews, Kerstin 2005. „The global diffusion of regulatory instruments: the making of a new international environmental

- regime“, in *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 598, S. 146-167.
- Bütikofer, Reinhard 2011. „Green New Deal: aber wie?“, in *Grüner Umbau. Neue Allianzen für die Umwelt. Jahrbuch Ökologie 2012*, hrsg. v. Altner, Günter; Leitschuh, Heike; Michelsen, Gerd; Simonis, Udo E.; Weizsäcker, Ernst U. von, S. 29-32. Stuttgart: S. Hirzel Verlag.
- Candeias, Mario 2007. „Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen“, in *Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*, hrsg. v. Merkens, Andreas; Rego Diaz, Victor, S. 15-32. Hamburg: Argument Verlag.
- Dingler, Johannes 2003. *Postmoderne und Nachhaltigkeit. Eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktionen von nachhaltiger Entwicklung*. München: oekom Verlag.
- Eglin, Richard 1995. „Trade and environment in the World Trade Organisation“, in *The World Economy* 18, 6, S. 769-779.
- Fauset, Claire 2008. *Techno-fixes. A critical guide to climate change technologies*. www.corporatewatch.org/download.php?id=88 (Zugriff vom 21.06.2013).
- Glasze, Georg; Mattissek, Annika 2009. „Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. Potenziale der Hegemonie- und Diskurstheorie für humangeographische Arbeiten“, in *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, hrsg. v. Glasze, Georg; Mattissek, Annika, S. 153-179. Bielefeld: transcript.
- Goldsmith, Edward; Allen, Robert 1972. *A blueprint for survival. The Ecologist* 2, 1. London: Penguin.
- Görg, Christoph 2003 a. *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph 2003 b. „Nichtidentität und Kritik – Zum Problem der Gestaltung der Naturverhältnisse“, in *Kritische Theorie der Technik und der*

- Natur*, hrsg. v. Böhme, Gernot; Manzei, Alexandra, S. 113-133. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Haas, Tobias; Sander, Hendrik 2013. „*Grüne Basis*“. *Grüne Kapitalfraktionen in Europa – Eine empirische Untersuchung*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Hajer, Maarten A. 1995. *The politics of environmental discourse. Ecological modernization and the policy process*. New York: Clarendon Press.
- Hajer, Maarten A. 1997. „Ökologische Modernisierung als Sprachspiel. Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel“, in *Soziale Welt* 48, 2, S. 107-132.
- Halfmann, Jost 1998: „Einleitung. Technische Zivilisation. Zur Wiederaufnahme eines klassischen Topos“, in *Technische Zivilisation. Zur Aktualität der Technikreflexion in der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung*, hrsg. v. Halfmann, Jost, S. 7-12. Opladen: Leske + Budrich.
- Hannesson, Rögnvaldur 2002. „Energy use and GDP growth. 1950-97“, in *OPEC Review* 26, 3, S. 215-233.
- Hirsch, Joachim 2011. „Ein grüner Kapitalismus? Auch das neue ‚Modell Deutschland‘ ist eine expansive Wachstumsökonomie“, in *iz3w* 327, S. 19-21.
- Hmaidan, Wael 2012. *Statement NGOs (Plenary session – 20th of June)*. www.uncsd2012.org/content/documents/859RIo20%20Conference%20NGO%20MG%20Statement%20PrepCom%20Statements.pdf (Zugriff vom 21.08.2012).
- Huber, Joseph 1993. „Ökologische Modernisierung: Zwischen bürokratischem und zivilgesellschaftlichem Handeln“, in *Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Politikwissenschaftliche Umweltforschung und -lehre in der Bundesrepublik*, hrsg. v. Prittwitz, Volker von, S. 51-69. Opladen: Leske + Budrich.
- Huber, Joseph 2011 a. „Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation“, in *Handbuch Umweltsoziologie*, hrsg. v. Groß, Matthias, S. 279-302. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huber, Joseph 2011 b. *Allgemeine Umweltsoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Ihlen, Øyvind 2009. „Business and climate change: the climate response of the world’s 30 largest corporations“, in *Environmental Communication: A Journal of Nature and Culture* 3, 2, S. 244-262.
- Jachtenfuchs, Markus; Hey, Christian; Strübel, Michael 1993. „Umweltpolitik in der Europäischen Gemeinschaft“, in *Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Politikwissenschaftliche Umweltforschung und -lehre in der Bundesrepublik*, hrsg. v. Prittwitz, Volker von, S. 137-162. Opladen: Leske + Budrich.
- Jacob, Klaus; Volkery, Axel 2006. „Institutions and instruments for government self-regulation: environmental policy integration in a cross-country-perspective“, in *Environmental governance in global perspective. New approaches to ecological and political modernisation*, hrsg. v. Jänicke, Martin; Jacob, Klaus, S. 291-309. Berlin: FU Berlin.
- Jänicke, Martin 1988. „Ökologische Modernisierung. Optionen und Restriktionen präventiver Umweltpolitik“, in *Präventive Umweltpolitik*, hrsg. v. Simonis, Udo E., S. 13-26. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Jänicke, Martin 1993. „Ökologische und politische Modernisierung in entwickelten Industriegesellschaften“, in *Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Politikwissenschaftliche Umweltforschung und -lehre in der Bundesrepublik*, hrsg. v. Prittwitz, Volker von, S. 15-29. Opladen: Leske + Budrich.
- Jänicke, Martin 2001. *Ökologische Modernisierung als Innovation und Diffusion in Politik und Technik: Möglichkeiten und Grenzen eines Konzepts*. Berlin: FU Berlin.
- Kaufmann, Stefan; Müller, Tadzio 2009. *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Kolk, Ans; Levy, David 2001. „Winds of change: corporate strategy, climate change and oil multinationals“, in *European Management Journal* 19, 5, S. 501-509.
- Laclau, Ernesto 1990. *New reflections on the revolution of our time*. London, New York: Verso.

- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal 2001 [1985]. *Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics*. London, New York: Verso.
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich; Milling, Peter 1972: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Meckling, Jonas 2011. *Carbon coalitions. Business, climate politics, and the rise of emissions trading*. Cambridge: MIT Press.
- MITI (Ministry of International Trade and Industry) 1974: *Direction for Japan's industrial structure*. Tokyo: MITI.
- Mol, Arthur P. J.; Jänicke, Martin 2009. „The origins and theoretical foundations of ecological modernisation theory“, in *The ecological modernisation reader. Environmental reform in theory and practice*, hrsg. v. Mol, Arthur P. J.; Sonnenfeld, David A.; Spaargaren, Gert, S. 17-27. London, New York: Routledge.
- Mol, Arthur P. J.; Spaargaren, Gert; Sonnenfeld, David A. 2009. „Ecological modernisation: three decades of policy, practice and theoretical reflection“, in *The ecological modernisation reader. Environmental reform in theory and practice*, hrsg. v. Mol, Arthur P. J.; Sonnenfeld, David A.; Spaargaren, Gert, S. 3-14. London, New York: Routledge.
- Nonhoff, Martin 2006. *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“*. Bielefeld: transcript.
- Nonhoff, Martin 2007. „Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse“, in *Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, hrsg. v. Nonhoff, Martin, S. 173-193. Bielefeld: transcript.
- Oberthür, Sebastian; Ott, Hermann E. 2000. *Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert*. Opladen: Leske+Budrich.
- Pelfini, Alejandro 2005: *Kollektive Lernprozesse und Institutionenbildung. Die deutsche Klimapolitik auf dem Weg zur ökologischen Modernisierung*. Berlin: Weißensee-Verlag.

- Pelfini, Alejandro 2006. „Bruno Latours politische Ökologie als Beitrag zu einer reflexiven ökologischen Modernisierung“, in *Verswindet die Natur? Die Akteur-Netzwerk-Theorie in der umweltsoziologischen Diskussion*, hrsg. v. Voss, Martin; Peuker, Birgit, S. 151-146. Bielefeld: transcript.
- Prittowitz, Volker von 1993. „Reflexive Modernisierung und öffentliches Handeln“ in *Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Politikwissenschaftliche Umweltforschung und -lehre in der Bundesrepublik*, hrsg. v. Prittowitz, Volker von, S. 31-49. Opladen: Leske + Budrich.
- Pulver, Simon 2011: „Corporate Responses“, in *The Oxford handbook of climate change and society*, hrsg. v. Dryzek, John S.; Norgaard, Richard B.; Schlosberg, David, S. 581-593. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Radkau, Joachim 2011: *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München: C. H. Beck.
- Reckwitz, Andreas 2006. „Ernesto Laclau: Diskurse, Hegemonien, Antagonismen“, in *Kultur: Theorien der Gegenwart*, hrsg. v. Moebius, Stephan; Quadflieg, Dirk, S. 339-349. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rest, Jonas 2011. *Grüner Kapitalismus? Klimawandel, globale Staatenkonkurrenz und die Verhinderung der Energiewende*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Santarius, Tilman 2012. *Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz*. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Santarius, Tilman; Dalkmann, Holger; Steigenberger, Markus; Vogelpohl, Karin 2003. *Grüne Grenzen für den Welthandel. Eine ökologische Reform der WTO als Herausforderung an eine Sustainable Global Governance*. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Scheer, Hermann 2000: *Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne*. München: Verlag Antje Kunstmann.

- Scherrer, Christoph 2007. Hegemonie: empirisch fassbar?, in *Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*, hrsg. v. Merkens, Andreas; Rego Diaz, Victor, S. 71-84. Hamburg: Argument Verlag.
- Schumacher, Ernst Friedrich 1973. *Small is beautiful: a study of economics as if people mattered*. London: Blond & Briggs.
- Smerecnik, Karl R.; Renegar, Valerie R. 2010. „Capitalistic agency: the rhetoric of BP’s helios power campaign“, in *Environmental Communication: A Journal of Nature and Culture* 4, 2, S. 152-171.
- Spaargaren, Gert; Mol, Arthur P. J. 2009. „Sociology, environment, and modernity: ecological modernization as a theory of social change“, in *The ecological modernisation reader. Environmental reform in theory and practice*, hrsg. v. Mol, Arthur P. J.; Sonnenfeld, David A.; Spaargaren, Gert, S. 56-79. London, New York: Routledge.
- UNEP (United Nations Environment Programme) 2011. *Towards a green economy: Pathways to sustainable development and poverty eradication. A synthesis for policy makers*. www.unep.org/greeneconomy (Zugriff vom 14.02.2012).
- WECD (World Commission on Environment and Development) 1987. *Our common future*. www.un-documents.net/wced-ocf.htm (Zugriff vom 19.07.2013).
- Weinzierl, Hubert 1993. „Der Erdgipfel: Ein Stimmungsbild aus Rio“, in *Der Erdgipfel. Perspektiven für die Zeit nach Rio*, hrsg. v. Engelhardt, Wolfgang; Weinzierl, Hubert, S. 1-21. Bonn: Economia Verlag.
- Wullweber, Joscha 2010. *Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt*. Baden-Baden: Nomos.

Zusammenfassung: In den 1970er Jahren artikulierten Umweltbewegungen ökologische Probleme als Symptom einer generellen gesellschaftlichen Krise. Im Kontext dieses Konfliktfelds trieben verschiedene Akteur/innen das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung voran. Dabei integrierten sie die Forderungen der Umweltbewegungen. Allerdings wurden in diesen strategisch-selektiven Aneignungen die gesellschaftskritischen Elemente gekappt. Mit dieser Schließung des Diskurshorizonts wurden antagonistische Artikulationen, die strukturverändernde Lösungen vorschlugen, marginalisiert. Als Konsequenz ist in den aktuellen Auseinandersetzungen um die ökologische Krise eine Kluft zwischen dramatisierenden Problemanalysen und inkrementellen Lösungsansätzen zu beobachten.

Stichworte: Diskurs, Hegemonie, gesellschaftliche Naturverhältnisse, ökologische Krise, ökologische Modernisierung

Summary

In the 1970s environmental movements articulated ecological problems as symptoms of a general societal crisis. In the context of this field of conflict various actors pushed forward the hegemony project of ecological modernisation by integrating the demands of the environmental movements. The critique of society, however, was cut back in these strategically selective appropriations. By terminating this discourse, antagonistic articulations advocating structural changes were marginalised. Therefore one can observe a gap between dramatising problem analysis and incremental approaches in the current conflicts about the ecological crisis.

Keywords:

discourse, ecological crisis, ecological modernisation, hegemony, societal relationships with nature

Englischer Titel:

The Hegemony Project of Ecological Modernisation

Autor

Timmo Krüger

Universität Kassel

Endersstraße 26a

04177 Leipzig

timmokrueger@biomail.de